Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 4250 M., durch die Post 6500 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH. Halle, Leipzigerstraße 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 120 M. für den Millimeter Höhe und Spalte 700 M. für Reklame, ansch. an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 180 Mark | **Mittwoch, den 18. April 1923** | **3. Jahrgang. Nr. 90**

Arbeiter, um Deine Sache geht es!

Von Heinrich Brandler

Bei der Liquidierung der Ruhrkrise wird nicht nur die deutsche Cuno-Regierung auf der Strecke bleiben, auch die Kabinette Bonar Law und Poincaré werden daran glauben müssen.

Die Unzufriedenheit mit dem konservativen Kabinett Bonar Law steigt. Die parlamentarischen Zuspitzungen im Unterhaus sind nur die äußeren Erscheinungen für die zunehmende Unzufriedenheit mit der passiven Politik des Zuwartens. Es zeigen sich zwar noch keine positiven Kräfte, die ein aktives konkretes Programm vorzulegen haben, aber die Mißerfolge des Kabinetts Bonar Law in der Orientpolitik deuten darauf hin, daß ein neues Kabinett aktiver die alte englische Linie fortführen wird, indem es in der Ruhrfrage dem französischen Machtwillen nachgibt, um im Orient dafür Konzessionen einzutauschen

In Frankreich kann das Säbelgerassel von Poincaré nicht darüber hinwegtäuschen, daß Loucheur bereits am Grabe Poincarés schaufelt. Man tut gut, sich daran zu erinnern, daß Loucheur als Minister zurücktrat, um der säbelrasselnden Politik Poincarés Platz zu machen, weil der nationale Block die nüchterne, kaufmännische Verständigung mit Stinnes aus Prestigegründen nicht wollte. Nachdem Poincarés kriegerische Politik immer mehr Pleite macht, keine Zahlungen, keine Kohlen, keinen Ruhrkohs heimbringen kann, wachsen die Kräfte in Frankreich, die geneigt sind, der Gruppe Loucheur die Führung des Staatsschiffes anzuvertrauen.

Das Programm Loucheurs ist das Stinnesprogramm. Es bedeutet die Schaffung des französisch-deutschen Montan- und Kohlentrusts zur Beherrschung Mittel- und Osteuropas. Gesichert und geschützt soll dieser größte europäische Ausbeutungstrust vom internationalen Imperialismus werden, wobei dem französischen Imperialismus die Vorherrschaft zugedacht ist.

In Amerika wird der Machtwille zum aktiven Eingreifen in die europäischen Konflikte ebenfalls immer stärker. Der Umfang und die Intensität, mit der die amerikanischen Kapitalmagnaten sich an dem französisch-deutschen Montantrust beteiligen, werden von wesentlicher Bedeutung für die Lebenskraft desselben sein.

In jedem Fall bedeutet die kapitalistische Liquidierung der Ruhrkrise einen Sieg von Stinnes auf der ganzen Linie. Cuno, der als Gegner von Stinnes von den Sozialdemokraten begrüßt wurde, ist auf der ganzen Linie geschlagen. Das Kabinett Cuno ist in die Ruhrabwehr hineingestolpert, wie Bethmann-Hollweg in den Krieg. Cuno, der sich praktisch bewährt haben soll als Prokurist des deutsch-amerikanischen Schiffahrtstrusts in Hamburg bei der Verschmelzung der deutschen Hamburg-Amerika-Linie mit dem amerikanischen Schiffahrtstrust, und der in der Politik dasselbe versuchte, ist politisch gescheitert, weil England und Amerika, vor allem Amerika, ihre Zusagen nicht innegehalten haben. England hat ein Interesse am Festbeißen Frankreichs in Deutschland; um so mehr kann es Konzessionen im Orient einheimsen. Amerika hat kein Interesse, rasch einzugreifen, weil es für seine Finanzaristokratie zweckmäßiger ist, den Ramsch aufzukaufen, wenn der Dollar 100 000 oder 200 000 Mark kostet, als zurzeit, wo er auf 22 000 Mark steht.

Die deutsche Arbeiterklasse, und vor allem das Ruhrproletariat, haben die bevorstehende katastrophale Gefahr, die eine Verständigung der deutschen und französischen Bourgeoisie auf ihre Kosten bedeutet, noch nicht in ihrem vollen Umfang erkannt. Weil die Ruhrbesetzung bis jetzt noch keine katastrophale Zuspitzung gebracht hat, sehen sie passiv den Dingen zu. Vor allem das Ruhrproletariat wiegt sich in gefährlichen Illusionen, wenn es glaubt, daß der bestehende Zustand von längerer Dauer sein kann. Vom Standpunkt eines Ruhrarbeiters, der über seine Nasenspitze nicht hinaussehen kann, betrachtet, hat der Kampf der französischen und deutschen Bourgeoisie um den höheren Prozentanteil beim Ausbeutungstrust bis jetzt eine gewisse Milderung seiner Klassenlage gebracht. Der deutsche Bourgeois bewilligte ihm Lohnerhöhungen und erklärte ihm zum ersten Male, daß er möglichst wenig arbeiten möge, weil das im Interesse der Sabotagepolitik der deutschen Bourgeoisie liegt. Die französische Besatzungsbehörde scheute bis jetzt ebenfalls vor einem rigorosen Vorgehen gegen die Gesamtarbeiterschaft zurück. Brutal und hundsgemein behandelten die französischen Besatzungsbehörden bis jetzt lediglich die Eisenbahnarbeiter und -beamten, denen bei der Sabotage der Eisenbahnen und des Verkehrs eine aktive Rolle zufiel. Im Augenblick der Verständigung der deutschen und französischen Bourgeoisie werden deutsche und französische Unternehmer gemeinsam zur verschärften Ausbeutung dem Ruhrproletariat die Kandare anlegen.

Wenn das deutsche Proletariat diesmal wieder den historischen Augenblick versäumt, um sein eigenes Geschick in seine eigenen Hände zu nehmen, so wird es dieses Versäumnis so teuer bezahlen müssen wie 1918 und 1919, als es freiwillig seine Machtstellung in die Hände der Bourgeoisie abdankte.

Im Kampf gegen die Ruhrbesetzung entscheidet sich das Schicksal der deutschen Bourgeois-Republik. Die Verwirklichung des Plans von Loucheur-Stinnes bedeutet die Zerstückelung Deutschlands, die Schaffung eines rheinisch-westfälischen Pufferstaates unter französischer Vorherrschaft, dem die Bildung eines französisch-tschechischen Korridors auf dem Fuße folgen wird. Dieser Korridor trennt Süddeutschland von Norddeutschland und schafft die Voraussetzung zur Bildung der Donaufoderation mit einem Wittelsbacher König an der Spitze. Der französische Imperialismus hat damit den Gipfel seiner Macht erreicht und wird den von seinen natürlichen Kraftquellen abgeschlossenen norddeutschen Gebieten jederzeit seinen Machtwillen aufzwingen können.

Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse wird aber vom Schicksal der deutschen Bourgeois-Republik mitbestimmt, solange es der Arbeiterklasse nicht gelingt, durch die Eroberung der politischen Macht ihr Schicksal selbst — unabhängig von der deutschen und fremden Bourgeoisie — zu gestalten.

Der Einbruch und der Sieg des französischen Imperialismus im Ruhrgebiet bedroht die Existenz der noch zu erobernden sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft in seinen Lebensprinzipien. Wenn es der deutschen Arbeiterklasse nicht gelingt, die Abwehr des französischen Imperialismus den greisenhaften Händen der deutschen Bourgeois-Regierung zu entreißen und alle Kräfte der gesamten wertklätigen Bevölkerung in ihren starken Händen zur Abwehr gegen die französische Invasion mobil zu machen, dann ist die Machteroberung der deutschen Arbeiterklasse, und vor allem die Machtbehauptung, ungeheuer erschwert. Wenn die Arbeiterklasse diesmal wieder nicht den nötigen Machtwillen aufbringt zu ihrer eigenen Rettung und zur Rettung der gesamten deutschen Bevölkerung, dann ist der Sieg der deutschen und der Weltrevolution vielleicht auf Jahre verzögert.

Die Arbeiterklasse darf den Kampf gegen den französischen Imperialismus nicht der untergehenden Bourgeoisie überlassen. Der Bourgeoisie fehlt jede Kraft für diesen Abwehrkampf.

Die Großbourgeoisie, die stärkste Schicht im Bürgertum, will nicht den ernsthaften Kampf, sondern die Verständigung mit dem französischen Imperialismus zur gemeinsamen Ausbeutung der deutschen und französischen, wie der gesamten europäischen Arbeiterklasse.

Die Mittel- und Kleinbourgeoisie ist kampfunfähig und pazifistisch, nur in der Phrase nationalistisch, in jedem Fall ohnmächtig und jederzeit bereit, sich der herrschenden stärkeren Macht in die Arme zu werfen und sich zu unterwerfen.

Breite Arbeitermassen sind heute, nach den Enttäuschungen im Weltkrieg und der arbeiterverräterischen Politik der Sozialdemokraten, die den Sozialismus diskreditierte und schändete, passiv und teilnahmslos, solange nur gekämpft wird, ob die deutsche oder die französische Bourgeoisie sie beherrscht und ausbeutet. **Das muß anders werden.**

Sturz der Regierung Cuno und Errichtung einer Arbeiter-Regierung!

Stresemann als Redner des Stinneskonzerns — Genosse Stoecker zur Steigerung des Abwehrkampfes gegen Frankreich

(Eigener Bericht)

Berlin, 17. April.

In der Debatte über den Etat des Auswärtigen sprach heute zuerst der Demokrat Gothein. Nach den üblichen Kraftschieben gegen die Franzosen beschäftigte er sich ausschließlich mit dem Reparationsplan. Er machte der Reparationskommission den Vorwurf, daß sie ihrer Verpflichtung, von Zeit zu Zeit die Lieferungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, nicht nachgekommen sei, verlangte im übrigen aber stete Verhandlungsbereitschaft der Regierung.

Das Kernstück der heutigen Aussprache bildete die Rede Stresemanns. Seine Rede war das Echo der Stinnes-Politik. Er wandte sich zwar, um die Einheitsfront zu markieren, auch in scharfer Front gegen Frankreich. Gegenüber Frankreichs Forderungen des Wiederaufbaus stünden die ungeheuren Schäden, die Deutschland gehabt habe. Wer entschädigt denn die deutschen Zeichner der Kriegsanleihe und die Besitzer von Hypotheken, die wertlos geworden sind? Jedenfalls ließe sich die Reparationssumme nicht fest begrenzen. Dann aber ging Stresemann dazu über, seine Angebote zu machen: Unabhängig von dem ganzen Komplex müsse zunächst die Ruhrfrage behandelt werden. Um die durch den Ruhreinbruch verursachte Störung der kapitalistischen Wirtschaft zu beseitigen, appelliert er besonders an die englischen Kapitalisten, in deren Interesse der Wiederaufbau des deutschen Kapitalismus liege. Dann ging er noch einen Schritt weiter: Die Landesgrenzen **spielen keine Rolle für einheitliche Wirtschaftsgebiete.** Eine wirtschaftliche Verständigung müsse erzielt werden. Nur durch große Wirtschaftsgemeinschaften könne der Wiederaufbau gefördert werden. Im Interesse dieser internationalen kapitalistischen Politik stellt Stresemann sogar die nationale Eigenliebe zurück, indem er erklärt, es sei verkehrt, immer die eigene Politik als unschuldsvollen Engel hinzustellen. **Man müsse auch die eigenen Fehler eingestehen.** Die Entente solle helfen, die Autorität in Deutschland wieder herzustellen. **Erst wenn Ordnung, gegründet auf Autorität in Deutschland herrsche, könne auch das Höchstmaß von Steuern aufgebracht werden.** Das durch die Kapitalflucht dem Lande entzogene Kapital würde dann zurückkehren. Zurückkommend auf die nationale Einheitsfront, fordert er die Befreiung aller Ruhrgemaßregelten und Rückkehr der Ausgewiesenen, wird aber dabei sehr energisch von den Kommunisten und Ledebour unterbrochen, die fordern, daß auch die politischen Gefangenen aus den Zuchthäusern befreit werden: „Wir wollen Freiheit für alle!" tönte es Stresemann entgegen, der sich ganz verstört mit der Bemerkung aus der Affäre zu ziehen versuchte, das gehöre jetzt nicht zur Sache.

Der bayrische Volksparteiler Leicht sagte einige gefühlsmäßige Sprüche her gegen die Ruhrbesetzung. Dann erhielt

Genosse Stoecker

das Wort. Er wies gleich zu Beginn seiner Rede darauf hin, daß eine bürgerlich-kapitalistische Regierung weder die Ruhrkrise noch die Reparationskrise lösen könne. Hierzu ist nur die Einheitsfront der Arbeiterklasse in der Lage. Auch die Kommunisten führen mit den übrigen Arbeitern den Abwehrkampf gegen den eingedrungenen französischen Militarismus mit größter Entschiedenheit. Es ist eine schmutzige Verleumdung, wenn das Revolverblatt des „sozialdemokratischen" Abgeordneten Sollmann, die „Rheinische Zeitung", behauptet, kommunistische Führer hätten mit französischen Generalen verhandelt. Wir wehren uns nur gegen die nationalistische Ausnützung des Ruhrkrieges. Anders als die sozialdemokratischen Führer führen wir den Abwehrkampf auch im Ruhrkrieg als proletarischen Abwehrkampf nach zwei Fronten, gegen den französischen Imperialismus und den deutschen Faszismus. Der Widerstand gegen den französischen Einbruch fängt bei der Bourgeoisie an abzubröckeln; **dabei schwimmen die Kapitalisten am Rhein und Ruhr im Gelde, verweigern aber den Arbeitslosen die lebensnotwendige Unterstützung.** Mit der „Ruhrhilfe" hat sich eine große Korruption breitgemacht. **Gegen die Arbeitslosen, z. B. in Duisburg, wütet der Polizeisäbel, während die Profitsucht triumphiert und die Kapitalisten sich schamlos bereichern.** Der Abwehrkampf wird auch geschwächt durch die Not der Besitzlosen und die Korruption der Unternehmer, die an den Geldern der Ruhrhilfe sich bereichern, ihre Betriebe erweitern und Devisen ankaufen, statt die darbenden Frauen und Kinder zu unterstützen. Wie ein proletarischer Kontrollausschuß feststellte, hat sogar die Stadtverwaltung Lennep die von der Ruhrhilfe zur Verteilung an die Bevölkerung kostenfrei gelieferten Kartoffeln dazu verwendet, um durch ihren Verkauf das städtische Defizit auszugleichen. Russischen Arbeitslosen im Ruhrgebiet hat man Unterstützung verweigert, **obwohl jetzt täglich die russischen Getreidezüge ins Ruhrgebiet rollen.** Bereits fangen die Unternehmer an, die Arbeiter aufzufordern, Kohlen an die Franzosen zu liefern. Dieser Vaterlandsverrat scheitert nur an dem Widerstand der Arbeiterschaft. 62 Zechen sind von den Franzosen besetzt. Auf den Halden häufen sich die Kohlenberge immer mehr. Sie werden von den Franzosen beschlagnahmt und die Regierung und die Zechenherren lassen sie lieber in die Hände der Franzosen fallen, als daß sie die Arbeiterforderung erfüllen, sie zu verbilligten Preisen den Arbeitern zu überlassen. Ebenso wurde auch die alte Forderung des Sechsstundentages für die Bergarbeiter abgelehnt, der jetzt durchgeführt werden müßte. Die Sozialdemokratie hat in erbärmlicher Schwäche statt der von uns geforderten Abwehrstreiks und großer Kundgebungen gegen die Invasion des französischen Militarismus, wie auch jetzt gegen das Essener Blutbad, nur eine Frühstückspause mit Glockengeläut zustande gebracht.

Wir Kommunisten fordern hiermit die Arbeiter auf, nicht nur auszuhalten, sondern die Abwehr zu steigern und zu gewaltigen Massenkundgebungen überzugehen.

Wir handeln einmütig mit der französischen Arbeiterschaft, als deren revolutionäre Vorkämpfer wir die dortigen Kommunisten und unsern in die Hände des französischen Imperialismus gefallenen Genossen Höllein grüßen.

Wir Kommunisten verlangen auch, daß endlich mit der bankrotten Steuerpolitik ein Ende gemacht wird. Schmach und Schande ist es, daß die Rede des ehemaligen sozialdemokratischen Außenministers Hermann Müller kein Wort von der verschärften Heranziehung des Besitzes zu den Reparationslasten enthielt. **Müllers und Stresemanns Reden ergänzen sich im Geiste der Großen Koalition.** Aus ihnen tritt auch das alte Stinnes-Loucheur-Programm in Erscheinung. **Die Schaffung des deutsch-französischen Montantrustes, wie auch Stresemann ihn will, bedeutet eine gewaltige Offensive gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft, mit Lohndruck, Aufhebung des Achtstundentages usw.** Die Arbeiterschaft am Rhein und Ruhr fühlt bei ihrem harten Abwehrkampfe im Rücken bereits den Dolchstoß der Kapitalsmagnaten. Die Sozialdemokratie und die 2. Internationale führt den Kampf Seite an Seite mit der Bourgeoisie. Aber nur das internationale revolutionäre Proletariat ist imstande die Weltkrise zu lösen. Die Verständigung Stinnes-Loucheur muß verhindert werden, denn sie bedeutet verschärfte Versklavung des Proletariats.

Der beste Abwehrkampf gegen den feindlichen Imperialismus ist der Sturz der Cuno-Regierung, die von einer Arbeiter-Regierung ersetzt werden muß, die sich stützen kann auf Sowjet-Rußland und die internationale Arbeiterschaft.

In diesem nationalen Sinne rufen wir die deutsche Arbeiterschaft auf, den Abwehrkampf weiterzuführen und die Macht zu erobern zum Sturze des französischen Imperialismus und des Kapitalismus aller Länder! (Lebh. Beifall bei den Kommunisten.)

Es sprachen dann noch der Welfe Alpers und von Graefe (DVp.). Herr von Graefe machte sich nach einigen Witzen über die „deutsche Freundschaft" mit Radek-Sobellon, über das „Flennen" nach Verhandlungen lustig und ritt im übrigen sein Steckenpferd gegen Severing und die sozialdemokratischen Regierungen in Sachsen und Thüringen, durch deren Bestehen die „nationale Einheitsfront" gebrochen sei.

Die Weiterberatung, bei der u. a. noch Ledebour, Breitscheid und Hergt zu Worte kommen sollen, wurde um 7 Uhr abends auf Mittwoch vertagt.

Dollar heute vormittag 22 900 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230418-12/fragment/page=0001

Die Arbeiterklasse kann den Abwehrkampf gegen den räuberischen französischen Imperialismus mit starken Kräften erst dann führen, wenn sie ihren Machtwillen so zu entwickeln verstanden hat, daß sie sich eine Arbeiter-Regierung im Reich erkämpft, die auf Kosten der deutschen Bourgeoisie die Kräfte der Revolution entfesselt zur Niederwerfung des französischen Imperialismus.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse es versteht, im Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus die Führung in ihre eigenen Hände zu nehmen, wird sie die Zaghaftigkeit und den Unglauben an die revolutionäre Kraft in breiten Schichten des deutschen Proletariats überwinden und auch jene kleinbürgerlichen und Mittelschichten gewinnen, die das Vertrauen zur Arbeiterklasse verloren haben.

Der Kampf gegen den französischen Imperialismus kann nur als revolutionärer Kampf siegreich geführt werden.

Ueberall im Reich müssen die vierzehn Tage bis zum 1. Mai benutzt werden zu einer verstärkten Propaganda für diese historische Aufgabe des deutschen Proletariats zur Rettung der europäischen Arbeiterklasse.

Die Propaganda unter den Besatzungstruppen zur Zersetzung der französischen Invasionsarmee muß aufs höchste gesteigert werden. Die Verbrüderung mit den proletarischen und bäuerlichen Elementen unter den französischen Soldaten mit den deutschen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf beider gegen die konterrevolutionäre Kriegspolitik Poincarés ist möglich; das beweisen die Erfolge unserer bisherigen Tätigkeit. Der gemeinsame Kampf des deutschen und französischen Proletariats gegen den nationalen Block in Frankreich und die kraftlose nationalistische Phrase und Verbetzung in Deutschland, der Kampf der französischen Arbeiterklasse zum Sturz der französischen Bourgeoisie und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse zum Sturz der deutschen Bourgeoisie — das muß der Inhalt der Propagandawoche sein. Die Maifeier muß im Zeichen der kämpfenden proletarischen Einheitsfront die gesamte werktätige Bevölkerung im einheitlichen Kampfeswillen vereinigen. Das sächsische Beispiel muß auf das ganze Reich übertragen werden.

Die Solidarisierung der deutschen und französischen Arbeiterklasse und ein enges Kampfbündnis mit Sowjet-Rußland — das ist die nächste praktische Aufgabe.

Im Ruhrgebiet müssen die breiten Arbeitermassen aus ihrer Passivität aufgerüttelt, zum schärfsten aktiven Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte, die sich den Befehlen der Invasionsbehörden widersetzen, geführt werden.

Schärfster Protest, Demonstrationen, Streiks und aktive Abwehr gegen Ueberfälle auf Arbeiter, wie in Essen, müssen durchgeführt werden.

Französische Soldaten, die sich trotz aller Solidarisierungsversuche mit der deutschen Arbeiterklasse von ihren Offizieren gegen ihre deutschen Klassengenossen mißbrauchen lassen, sind, blinde Werkzeuge des französischen Imperialismus und müssen deshalb bekämpft werden.

Die Kosten eines solchen aktiven Abwehrkampfes müssen der deutschen Bourgeoisie aufgezwungen werden. Es ist Ehrenpflicht der gesamten werktätigen Bevölkerung, für ausreichende Unterstützung der Opfer dieses Abwehrkampfes Sorge zu tragen: Fortzahlung der Löhne und Gehälter an die Streikenden und Arbeitslosen ist das mindeste, was erzwungen werden muß. Schärfster Kampf im besetzten und unbesetzten Gebiet muß gegen die faszistischen Banden geführt werden, die unter der Maske des nationalen Abwehrkampfes nur die Pinkertons der landesverräterischen Großbourgeoisie sind.

Der Kampf gegen Poincaré an der Ruhr muß in Verbindung gebracht werden mit dem Massenkampf der Arbeiterschaft im unbesetzten Gebiet zum Sturz der Bourgeoisie, die sich unfähig erwiesen hat, Deutschland gegen den französischen Imperialismus zu verteidigen.

Eine Arbeiter-Regierung im Reich, das ist das nächste Ziel aller Arbeiter.

Wenn so der Kampf der deutschen Arbeiterklasse geführt wird, wird der mutige Kampf unserer französischen Klassengenossen, wie er von den Kommunisten und der CGTU. in Frankreich geführt wird, den stärksten Impuls erhalten.

Nur eine deutsche Arbeiter-Regierung kann der französischen Bourgeois-Regierung einen Frieden aufzwingen, der auf Kosten der deutschen Bourgeoisie den werktätigen Massen die Existenz ermöglicht. Die französische Arbeiterklasse und breite kleinbürgerliche Schichten Frankreichs werden einen solchen Friedensvertrag, geschlossen von einer deutschen Arbeiter-Regierung, unterstützen, weil sie keinen neuen Krieg wollen. Gemeinsam kann dann der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durchgeführt werden. Die deutsche und russische Wirtschaft, ganz Europas kann in gemeinsamer Wiederaufbauarbeit hergestellt werden, so daß das Leben der werktätigen Bevölkerung vom Rhein bis Wladiwostok wieder lebenswert ist.

Sollte der machtbesitzende französische und Ententeimperialismus auch die Arbeiter-Regierung der werktätigen Bevölkerung Deutschlands bedrohen und mit Krieg überziehen, dann wird die revolutionäre Kraft der französischen Arbeiterklasse und der ehrliche Friedenswille der französischen Kleinbürger und Kleinbauern die militärische Stoßkraft des französischen Imperialismus so schwächen, daß auch das schlechtbewaffnete Deutschland im Bunde mit Sowjet-Rußland, wenn es nicht anders geht, mit den Mitteln eines revolutionären Krieges, den französischen Imperialismus zurückwerfen kann. Auch hier zeigt Sowjet-Rußland, wie man mit revolutionären Kräften das Land der Arbeiter und Bauern verteidigen kann.

Nur wenn es der deutschen Arbeiterklasse wirklich gelingt, den Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus so zu organisieren, daß das Vertrauen und die Sympathie der breiten passiven Arbeiterschichten und der schwankenden Klein- und Mittelbürger an die Kraft der Arbeiterklasse wächst, werden auch die Kräfte wachsen zur Niederwerfung der konterrevolutionären deutschen Bourgeoisie, wie der konterrevolutionären imperialistischen Ententemächte.

Meuterei in französischen Kasernen

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 18. April.

Erst jetzt wird bekannt, daß das Infanterieregiment Nr. 101 in Satory am 9. d. M. den Gehorsam verweigerte. Auf das Signal zum Appell ist die Mannschaft nicht erschienen. Die Maschinengewehrabteilung marschierte im Kasernenhofe mit roten Fahnen auf und forderte ihre sofortige Demobilisierung. Von der Regierung wurde eine umfassende Untersuchung eingeleitet.

Auch bei anderen Regimentern hat die Mannschaft die Kasernenarbeiten verweigert, so in Rouen. Die Artilleristen in Recklinghausen bei Essen erklärten dem Vertreter der „Humanité", daß sie das Essener Blutbad aufs tiefste verurteilen und sich nicht zu passiven Komplicen der begangenen Morde hergeben werden.

Unter den französischen Truppen im Ruhrgebiet machen sich schon allenthalben Zersetzungserscheinungen bemerkbar. Das 150. Regiment wurde von Worms nach dem Ruhrgebiet von dort wieder zurück, dann wiederum nach dem Ruhrgebiet und schließlich nach der Heimat transportiert, weil es für militärische Begriffe und Wünsche nicht mehr zuverlässig war. Die Mainzer Truppen müssen gleichfalls alle paar Wochen ausgewechselt werden. Vor einigen Tagen streikten in Worms die französischen Hilfsarbeiter, Soldaten, in den Bäckereien, weil ihnen 16 Sous als Zulage für Sonntagsarbeit verweigert worden waren. Die Franzosen wagten in diesem Falle nicht Strafen zu verhängen. Das Verhältnis zwischen den einfachen französischen Soldaten und der Arbeiterschaft ist im allgemeinen gut, so unangenehm das den französischen Offizieren auch ist.

Die Arbeiterbewegung im besetzten Gebiet

Erfolge der Arbeitslosen

Weit mehr als die Arbeiterschaft im übrigen Deutschland spüren die Arbeiter im besetzten Gebiet die Folgen des Ruhrkampfes. Die Erwerbslosigkeit und die Kurzarbeit steigen. In Mainz wuchs die Zahl der Arbeitslosen vom 5. bis 12. April von 5000 auf 10 000. In den übrigen Städten, wie Höchst, Wiesbaden, Worms usw. zählen sie gleichfalls nach Tausenden. Vielfach haben die Erwerbslosen Arbeitslosenräte geschaffen, und durch energischen Kampf in mehreren Orten des Mainzer Gebiets die Anerkennung des Erwerbslosenrates und seine Einbeziehung in die parlamentarische Erwerbslosenkommission durchgesetzt. In einzelnen Orten des Mainzer Kreises erreichten sie die Belieferung mit Kartoffeln, den Zentner zu 1000 Mark, die Stundung des Gasgeldes und die Versorgung mit Brennmaterial. Das Mainzer Kartell verweigerte die Finanzierung des Kampfes der Arbeitslosen, es sprach sich sogar für eine Herabsetzung der Unterstützungen aus. Mit Hilfe der Kommunisten erzielten die arbeitslosen Bauarbeiter von Worms eine Entlohnung bei Viertagearbeit von seiten der Stadt, die das Einkommen der Bauarbeiter der Privatindustrie übertrifft. In Wiesbaden erlangten die erwerbslosen Bauarbeiter gleichfalls volle Entlohnung zum Tarifsatz bei sechstägiger Beschäftigung. In Bingen haben die Erwerbslosen erreicht, daß sie für die Notstandsarbeiten zum vollen Satz entschädigt werden. Die deutschen Unternehmer und Behörden benutzen das Verbot der Ruhrhilfe durch die Interalliierte Kommission, um jede Arbeitslosenunterstützung zu sabotieren. Die Unternehmer von Mainz erklären, die Vereinbarung mit dem ADGB. über die Auszahlung der Gelder der Ruhrhilfe sei rein privater Natur, kein Gesetz. Hier enthüllt sich die ganze Einseitigkeit und der Betrug der Ruhrhilfe.

Inzwischen steigen die Zahlen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter weiter. Der Kampf gegen jede Produktionseinschränkung, die Prüfung bei angeblichem Rohstoff- und Absatzmangel durch die Betriebsräte, der Widerstand gegen jede Arbeiterentlassung, ganz gleich, ob es verheiratete Frauen oder Halbbauern sind, der Kampf für Vollbeschäftigung der Arbeitslosen und für ihre volle tarifmäßige Entschädigung werden eine Hauptaufgabe der bewußten Arbeiterschaft. Mit der Parole: „Volle Arbeitsentschädigung der Arbeitslosen" müssen wir die Cuno-Regierung zwingen, zu konstatieren, daß die kapitalistische Wirtschaft den Arbeitern keine Existenz sichern kann. Also muß sie einer Arbeiter-Regierung Platz machen!

Der Krieg im Westen

Bis der letzte Soldat die Zeche verlassen hat!

Dem Kommandierenden General in Recklinghausen ging folgender Protest zu:

Am Sonntag, dem 8. April d. J., gegen 2 Uhr nachmittags, besetzten etwa 150 Mann französisches Militär die gesamte Schachtanlage Matthias Stinnes 3-4 in Gladbeck und verirrte die auf der Anlage beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten von ihrer Arbeitsstelle. Einem Mitglied des Arbeiter- und Betriebsrates wurde von einem höheren französischen Beamten erklärt, man wolle nur die angehäuften Kohlen- und Koksmengen fortschaffen, die Belegschaft könne ruhig ihrer Arbeit nachgehen. Mit dieser Verfügung des französischen Beamten, die in Gegenwart eines hohen Offiziers erfolgte, steht die Vertretung unserer Kameraden und die nachträglich erfolgte Wegnahme von vier Zechenlokomotiven, deren Fehlen die Fortführung des Betriebes unmöglich macht, im schärfsten Widerspruch.

Wir erheben gegen die gewaltsame Besetzung der Zechenanlagen, durch die Arbeitern und Beamten die Beschäftigungsstelle genommen worden ist, schärfsten Protest. Wir fordern im Auftrage aller Arbeiter und Beamten die sofortige Zurückziehung des Militärs und wiederholen die bereits der Kontrollkommission mündlich gegebene Erklärung, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis die vier Lokomotiven zurückgegeben sind, der letzte Soldat die Anlagen verlassen hat und der Abtransport der Kohlen und des Kokses eingestellt ist.

Der Arbeiter- und Angestelltenrat der Zeche Matth. Stinnes 3-4.

Das ist die richtige Sprache der Ruhrarbeiter gegen den französischen Imperialismus, die richtige Antwort auf die falschen, heuchlerischen Flugblätter der französischen Propaganda, die den Ruhrproleten vorschwindeln, die Besatzungsarmee des französisch-belgischen Kapitalismus störe keine friedliche Arbeit.

Abermals Gewehrläufe gegen Arbeiter

In Remscheid kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Franzosen und Arbeitern. Die Franzosen hatten ein Automobil mit einer Ladung Schokolade beschlagnahmt und an einen Holländer und einen Engländer verkauft. Im unbesetzten Teil von Remscheid wurde das Auto von Arbeitern angehalten und die Käufer verprügelt. Die Arbeiter waren im Begriff, den Wagen der Polizei zu übergeben, als sie von den Franzosen auf unbesetztem Gebiet angegriffen wurden. Die Franzosen machten von der Schußwaffe Gebrauch und versetzten einen Arbeiter durch einen Armschuß. Daraufhin stürzten die Arbeiter das Automobil eine Böschung hinunter, so daß es sich überschlug. Die Franzosen nahmen sieben Arbeiter fest und führten sie ins besetzte Gebiet ab.

Der Besatzungsdruck

In Bochum bedrohte der kommandierende General jeden Sabotageakt an Telephon und Telegraph mit schweren Strafen bis zur lebenslänglichen Zwangsarbeit. Auf der Schachtanlage General Blumenthal beschlagnahmten die Franzosen das Lediggenheim und transportierten mit Kippwagen Koks nach dem Bahnhof Recklinghausen. Dabei wurde eine Frau überfahren und schwer verletzt. In Düsseldorf beschlagnahmten die Besatzungsbehörden 22½ Millionen Mark Erwerbslosengelder. In Recklinghausen requirierten die französischen Besatzungstruppen 157 Millionen Mark auf der Stadtbank, ferner bei verschiedenen Unternehmen große Mengen Kohle, Ziegelsteine, Draht, Dachpappe, Bettbezüge usw.

Die Prozentpatrioten

WTB. veröffentlicht am 16. April weitere 14 Firmen und Personen, die mit den französischen Besatzungsbehörden Beziehungen angeknüpft haben.

Verleugnung des Kuhhandels in Thüringen

(Eigene Drahtmeldung)

Jena, 18. April.

Die sozialdemokratische Presse versucht, die Mitteilungen über die geheim geführten Verhandlungen der MSPD. mit den Demokraten zwecks Umbildung der Thüringer sozialdemokratischen Regierung in eine solche der Großen Koalition abzuleugnen.

Dieses Dementi vermag die Richtigkeit unserer Meldung, die aus zuverlässiger Quelle stammt, nicht zu erschüttern. Die MSPD.-Führer, die fürchten, das sächsische Beispiel könne in Thüringen Schule machen, und die zugleich von Thüringen aus Sachsen sabotieren wollen, müssen einfach dementieren, weil sie gezwungen sind, die Arbeiter vor vollendete Tatsachen zu stellen, wenn sie ihren Pakt mit der Bourgeoisie durchziehen wollen. Darum müssen sie hinter verschlossenen Türen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft verschachern, und müssen den Schacher frech ableugnen, wenn ihn die Kommunisten den Arbeitern denunzieren.

Sächsischer Landtag

(Eigene Drahtmeldung)

Dresden, 17. April.

(Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung)

Minister des Innern Liepmann begründet die Verbote der deutschvölkischen Organisationen und stellt Maßnahmen bei diesen Organisationen fest. Er wendet sich gegen den Versuch des Dresdener Bürgerrats, den Abwehrorganisationen der Arbeiter Abwehrorganisationen des Bürgertums entgegenzustellen. Hier werde der Versuch gemacht, unter dem Deckmantel des Bürgerrates die verbotenen deutschvölkischen und deutschsozialen Organisationen aufrechtzuerhalten. Die Regierung werde gegen diese Organisationen mit den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik vorgehen, sobald der Staatsgerichtshof entschieden habe, daß das Verbot der deutschvölkischen und nationalsozialistischen Parteien zu Recht besteht.

Arbeitsminister Graupe spricht zur Erwerbslosenfrage; er tritt für eine Erhöhung der Unterstützungen und Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten ein.

Zur Ueberführung von Max Hölz

in ein sächsisches Gefängnis erklärt der Regierungsvertreter, daß die sächsische Regierung bereit sei, die Ueberführung vorzunehmen, daß jedoch ein Staatsvertrag notwendig sei, der der Genehmigung des Reichspräsidenten bedürfe. Schritte, diesen Staatsvertrag herbeizuführen, seien eingeleitet.

Die Redner der verschiedenen Parteien, insbesondere die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler, wenden sich in heftigen Ausführungen gegen das Regierungsprogramm, erklären die Abwehrhundertschaften und die Kontrollausschüsse, die in einer Verfügung der Regierung vom Sonnabend gebildet werden sollen, für unzulässig und ungesetzlich. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei kündet gegen die Maßnahmen der Regierung die Berufung beim Verwaltungsgericht an, während der Ministerialrat, Abgeordneter Dr. Dehne, zur Sabotage der Regierungsverordnungen auffordert.

Der Vertreter der Kommunistischen Partei betont, daß sie auf strikte Durchführung der Abmachungen zur Regierungsbildung bestehen bleiben, und daß sie unter keinen Umständen die Sabotagebestrebungen des rechten Flügels der sozialdemokratischen Führerschaft dulden werden. Gegen die Abmachungen werden vom Bürgertum alle Kräfte mobil gemacht: die Reichsminister, die gegenüber den bewaffneten Aufmärschen in Bayern vollständig blind seien, drohen den Kampf gegen die Arbeiterhundertschaften an. Dieser Kampf könne nur aufgenommen werden, wenn die Abwehrorganisationen einheitlich seien. Der Versuch der Sozialdemokraten, diese Partei-Abwehr-Organisationen aufzubauen, erleichtere dem Bürgertum die Angriffe und bedeute eine Gefahr für die Arbeiterschaft.

Die Kontrollausschüsse

müssen die Berechtigung erhalten, auch ohne die Zustimmung einer besonderen Behörde zur Bekämpfung des Wuchers den Einblick in die Geschäftsbücher zu erhalten.

Nur wenn die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie in einheitlicher Front den Kampf weiterführe, würde die Bewegung stark genug sein, den Angriffen zu trotzen. Deswegen sei es notwendig, daß die Sozialdemokraten auf die Partei im Reiche einwirken, daß auch in Berlin, in Thüringen und anderen Staaten die Abwehrorganisationen des Proletariats ausgebaut werden. Die sächsischen Sozialdemokraten müssen ihren Einfluß geltend machen, um zu verhindern, daß Sozialdemokraten die Zeitungen der Kommunistischen Partei verbieten, aber die rechtsstehenden Zeitungen selbst dann weiter erscheinen können, wenn sie Mitglieder einer Regierung des Landesverrats bezichtigen. Der Landesverrat werde jetzt von den Kapitalisten an der Ruhr durchgeführt. Die Reichsregierung lasse die dort kämpfenden Beamten im Stich, zahle nicht für sie die von den Franzosen verhängten Strafen und lasse sie im Gefängnis sitzen. Stinnes und Loucheur seien auf dem Wege der Verständigung. Die Direktoren wenden sich gegen die Arbeiterschaft. Alle diese Erscheinungen machen es notwendig, Sachsen zu einem Stützpunkt des Proletariats auszubauen. Die Regierung sei verpflichtet, darauf hinzuarbeiten. Nur so könne sie bestehen.

Weitere Verpulverung des Reichsbankgoldes

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 18. April.

Die bürgerlichen Zeitungen wissen zu melden, daß neue Goldsendungen der Reichsbank nach dem Ausland in der vergangenen Woche stattgefunden haben. Der kommende Reichsbankausweis wird bereits diese Goldsendungen zugeben müssen.

*

Die Nachricht kommt nicht überraschend. Die Devisenanleihe ist mißglückt. Die Kapitalisten haben kein Interesse gehabt, sie zu zeichnen; und sie machen alle Anstrengungen, um den Markturs von neuem zu senken. Die Reichsbank ist genötigt, erhebliche Mengen von Devisen abzugeben, um eine neue Senkung des Markkurses aufzuhalten. So greift sie wiederum zum Reichsbankgold und fügt zu den 115 bisher für die Stützungsaktion ausgegebenen Goldmillionen eine neue Summe, sicherlich nicht unter 30 Millionen (wahrscheinlich aber noch mehr, weswegen man das vorsichtshalber schon vorher ankündigt), hinzu. Das Reichsbankgold wird in Devisen umgetauscht, und die Devisen wandern in die Taschen der Herren Stinnes, Thyssen und Konsorten, die Milliardenbeträge als Unterstützungen und Entschädigungen erhalten, die diese Gelder zum Ankauf von Devisen verwenden, für die das Reich die Arbeitslöhne bezahlt, um die Bergwerke wieder verbessern zu lassen.

Die fortwährende Verringerung des Reichsbankgoldes bewirkt aber, daß das Gleichgewicht der deutschen Währung noch labiler wird, die Mark bei Zusammenbruch der Stützungsaktion noch uferloser in die Tiefe stürzen wird, sie bedeutet also eine schwere Schädigung der Interessen der Arbeiterschaft. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft die Herren von der Reichsregierung und vom Reichsbankdirektorium zwingt, damit Schluß zu machen. Wenn eine Stützungsaktion, die mit ganz anderen Maßnahmen verbunden sein muß, durchgeführt werden soll, dann muß sie erfolgen durch die Beschlagnahme der Valutagewinne, der Auslandsguthaben, der auf falschen ausländischen Namen geführten Konten der deutschen Kapitalisten bei den Banken und durch die Sachwerterfassung. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aber auch ihre Führer zwingen, endlich einmal klar auszusprechen, ob sie diese Verpulverung des Reichsbankgoldes unterstützen oder ob sie sie verhindern wollen.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" beschlagnahmt

Stuttgart, 17. April.

Die heutige Nummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" wurde wegen eines Artikels „Aus dem faszistischen Hauptquartier" von der Polizei beschlagnahmt.

So wird in Württemberg von der Regierung, in der der Sozialdemokrat Keil sitzt, der Faszismus in Schutz genommen und die Arbeiterpresse geknebelt.

Steigen des Großhandelsindex. Die Großhandelspreise zeigen Mitte April gegenüber dem Stande vom Anfang des Monats bei leicht aufwärtsgerichteter Bewegung nur geringe Veränderungen; das Preisniveau hat sich nach der Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts von dem 4844fachen des Friedensstandes am 5. April auf das 4923fache oder um 1,6 v. H. am 15. April gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von dem 3576fachen auf das 3694fache oder um 3,3 v. H., während die Industriestoffe mit dem 7221fachen etwa auf dem Stande vom 5. April (7215fach) verharrten. Die Gruppenindexziffer der Inlandswaren stieg von dem 4489fachen auf das 4568fache oder um 1,8 v. H., diejenige der Einfuhrwaren von dem 6623fachen auf das 6699fache oder um 1,2 v. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230418-12/fragment/page=0002

Der DEV. darf nicht zerschlagen werden!

An die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes!

Eine Reichskonferenz kommunistischer Eisenbahner, die sich notwendig machte durch die Spaltungstätigkeit des Hauptvorstandes und durch das Versagen der Amsterdamer Bureaukratie bei den letzten Lohnverhandlungen, richtet folgenden Offenen Brief an alle Mitglieder:

„In einer Zeit, wo auf der deutschen Arbeiterschaft die größte Not lastet, wenden wir uns an Euch in der Erwartung, daß Ihr unsern Ruf hört und bereit seid, mit uns zu handeln.

Mit wachsender Sorge verfolgen wir die Vorgänge in unserem Verband. Wir befürchten, daß die vom Hauptvorstand angewandte Taktik mit unvermeidlicher Konsequenz zur Spaltung unseres Verbandes führt.

Die Offensive der Cuno-Regierung wird von Tag zu Tag stärker. Die letzte Lohn- und Gehaltsverhandlung hat keine Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner gebracht. Mit Rücksicht auf die politische Lage fordert der Hauptvorstand auf, das Ergebnis der Verhandlung unter Protest anzunehmen. Das heißt mit anderen Worten: wir sollen unserer weiteren Verelendung und Rechtlosmachung zustimmen.

Die Errungenschaften der Novemberrevolution verschwinden mehr und mehr. Statt Einhaltung des Achtstundentages Durchführung der Dienstdauervorschriften und damit 12- bis 15stündige Arbeitszeit. Die Gefahr der Aufrichtung der Faszistenherrschaft auch in Deutschland wird immer drohender. Die Regierung Cuno begünstigt offen diese Bestrebungen. Was die Herrschaft der Faszisten bedeutet, sehen wir in Italien:

Ermordung von Arbeitern, Plünderungen und Zerstörung der Arbeiterwohnungen und Gewerkschaftshäuser,

Raub aller Rechte, das haben insbesondere wir Eisenbahner zu erwarten, wenn nicht sofort zum Kampf gegen den Faszismus geschritten und **proletarische Abwehrhundertschaften** gebildet werden. Das Proletariat muß seine ganze Macht in die Wagschale werfen, um den Kampf aufnehmen gegen die mit den Faszisten sympathisierende Regierung Cuno, und muß sich einsetzen mit aller Kraft für die Bildung einer **Reichs-Arbeiterregierung**, die sich stützt auf die breiten Massen des klassenbewußten arbeitenden Volkes.

Der Einbruch des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet, in die Pfalz hat durch seine wirtschaftlichen Folgen die Lage der Arbeiter erneut verschlechtert. Tausende von Eisenbahnern werden mit ihren Familien ausgewiesen, weil sie dem Befehl der Regierung Cuno Folge leisteten. Während die Ausgewiesenen von Ort zu Ort ziehen und froh sein müssen, Unterstützung zu erhalten, bereitet sich hinter den Kulissen **die Einigung des deutschen mit dem französischen Kapital** vor. Die Kosten dieser Einigung werden den zerstückelten Schultern der Arbeiter aufgebürdet. Das Reichsverkehrsministerium erklärte, daß nach der Ruhrbesetzung die Personalverminderung durchgeführt wird und **40 000 Eisenbahner auf die Straße geworfen werden.**

Diese Verhältnisse erfordern, daß die Arbeiterschaft in geeinter Front, daß insbesondere die Gewerkschaften den Kampf gegen die Unterdrücker und Ausbeuter des Proletariats auf der ganzen Linie aufnehmen. Es ist bitter, aber wir müssen es aussprechen:

Der Vorstand unserer Organisation tut das Gegenteil von dem, was die Stunde erfordert.

Er scheut sich, den Kampf gegen das Kapital und gegen die kapitalistische Regierung aufzunehmen. **Die unvermeidliche Folge dieser** feigen Taktik **ist die erbärmliche Lage der deutschen Eisenbahner.** Unter diesen Umständen ist es wahrlich begreiflich, daß der Kreis der Unzufriedenen, die Zahl der zum Hauptvorstand unserer Organisation in schärfster Opposition stehenden Mitglieder immer größer wird. **Der Hauptvorstand des DEV. steht vor einem „Entweder oder".**

Entweder muß er dem berechtigten Verlangen der Opposition nachgehen, auf dem Boden des Klassenkampfes energischer für die Interessen der Mitglieder eintreten, oder aber der Hauptvorstand hält an seiner verderblichen Politik fest und opfert die Interessen der Eisenbahner dem Burgfrieden mit der Cuno-Regierung. Er ist daher gezwungen, wenn er den Kampf gegen die Cuno-Regierung nicht führen will, die ihm die entgegentretende Opposition mundtot zu machen, sie aus dem Verbande auszuschließen und die Auflösung der oppositionellen Ortsgruppen vorzunehmen. Es tritt dann ein, was sich jetzt in Berlin abspielt.

Den Massenausschlüssen oppositioneller Kollegen folgte vor wenigen Wochen die

Auflösung der Ortsgruppe Berlin.

Warum? **Weil die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin verlangten, daß die von ihnen gewählte Ortsverwaltung bestätigt wird, weil sie eintraten für die Durchführung der Bestimmungen des Statuts, weil sie kämpften um ihr Mitbestimmungsrecht und für die Einheit des DEV.**

Die Nichtbestätigung der Berliner Ortsverwaltung und die Auflösung der 21 Zahlstellen ist **keine zufällige Entgleisung. Sie ist das Programm des Vorstandes.** Viermal haben die Berliner Eisenbahner eine oppositionelle Ortsverwaltung gewählt, und ebenso zahlreich trieben zugesehen, wie man ihre Vertreter nicht bestätigte und kommissarische Verwaltungen einsetzte. Das Bekenntnis zur proletarischen Demokratie verpflichtete die Eisenbahner Berlins, diesmal den Kampf gegen den Vorstand aufzunehmen. Die Eisenbahner des Reichs und mit ihnen die revolutionäre Arbeiterschaft fühlen sich eins mit den Eisenbahnern Berlins. Sie werden mit ihnen kämpfen für die Durchführung folgender Forderungen:

1. **Zurücknahme der Auflösung der Zahlstellen und Bestätigung der gewählten oppositionellen Ortsverwaltung.**
2. **Anerkennung und Durchführung der proletarischen Demokratie innerhalb des DEV., also Respektierung des Mehrheitswillens der Mitglieder des Verbandes.**
3. **Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Mitglieder des DEV., die sich keiner proletarisch-unehrenhaften Handlung (Unterschlagung von Arbeitergeldern usw.) schuldig gemacht haben.**
4. **Sofortige Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages.**

Wir rufen den Eisenbahnern, den Mitgliedern des DEV. im ganzen Reiche zu: Seht die reaktionären Vorstöße des Reichsverkehrsministeriums, seht das Treiben der faszistischen Elemente, erkennt die Gefahr, die Euch droht! **Kämpft für die Einheit des DEV.!** Sorgt dafür, daß auch im DEV. der Wille der Mehrheit der Mitglieder oberstes Gesetz wird! Einheit der Organisation nicht um der Einheit, sondern um der Arbeiterklasse willen ist das Gebot der Stunde.

Ruft dem Hauptvorstand zu: Bis hierher und nicht weiter! Schluß mit der seitherigen Politik der Arbeitsgemeinschaft! Durchführung des rücksichtslosen Klassenkampfes! Kampf denen, die es wagen, die Einheit der Arbeiterorganisationen zu zerschlagen! Erhaltung der Einheit des DEV. und Schaffung der Einheitsorganisation aller Eisenbahner!"

Reichskonferenz der kommunistischen Eisenbahner.

Der neue Leuna-Betriebsrat

Verrat, Heuchelei und Lüge sollen ihn wieder ein Jahr beherrschen — Die „Neuwahlen" ein Skandal in der Arbeiterbewegung

Auch im Leunawerk sind die diesjährigen „Wahlen zum Betriebsrat" erledigt. Die Belegschaft ist wieder einmal nicht zur Wahl, d. h. zur Abgabe ihrer Stimme, gekommen, weil nur eine Vorschlagsliste eingegangen ist, wie der Wahlvorstand in seiner Veröffentlichung der gewählten Liste bekanntgibt. — An der Spitze dieses Wahlvorstandes steht natürlich der Herr Daniel, denn wer sollte sonst wohl die Stirn besitzen, so etwas zu veröffentlichen.

Der Gang der Dinge war nun folgender: Am 22. März wurde im Werk ein Wahlausschreiben ausgehängt, nach welchem innerhalb einer Woche die Vorschlagslisten zur Wahl eingereicht sein sollten. Die Frist von einer Woche entspricht den gesetzlichen Vorschriften, so daß dem Herrn Daniel als Vorsitzenden des Wahlvorstandes dafür niemand einen Vorwurf machen kann. Er hat sich als Wahlvorsteher (durchaus korrekt benommen und der gesetzlichen Ordnung vollkommen genügt", der Herr „Oberschieber". Aber als Gewerkschaftszerstörer, als Betriebsratsvorsitzender auf Lebenszeit, da ist ihm das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder der Gewerkschaften und der 10 000 Arbeiter im Leunawerk eine lästige Fessel, und mit einer Skrupellosigkeit und Selbstüberhebung sondergleichen setzt er sich über solche „plebejische Träume von Demokratie" hinweg. Seine getreuen Schildknappen unter den Merseburger Gewerkschaftsangestellten hatte er rechtzeitig unterrichtet, und so nahm denn der kleine Gernegroß von seinen Lakaien rechtzeitig die erste Vorschlagsliste, durch die auch ihm seine Würde wieder garantiert war, entgegen. Die Gewerkschaftsmitglieder — wußten nichts von der Liste. Die Vertrauensleute im Werk waren nicht einmal unterrichtet, viel weniger noch befragt worden, wie sie zu der Neuwahl Stellung nehmen wollten. Belegschaftsversammlungen werden vom Betriebsrat und den Gewerkschaftsbonzen grundsätzlich nicht gemacht, weil sie entweder zu bequem oder völlig unfähig sind dazu, während sie behaupten, es sei „nicht möglich". Die Belegschaft wurde also mit der Aufstellung der ersten Liste nicht belästigt.

Um ganz sicher zu gehen bei diesem offenen Verrat an der Arbeiterschaft, ließ man es einige Wochen vorher ruhig geschehen, daß die **Werksleitung eine Reihe oppositioneller Vertrauensleute, gute Gewerkschafter, wegen lächerlicher Nichtigkeiten,** die jedem Beamten und Arbeiter einschließlich des Betriebsrats jederzeit passieren können, **auf die Straße warf.** Das war vor allem den gelben Amsterdamern recht, und es wurde nichts Ernsthaftes unternommen, um gegen das Willkürregiment der Direktion Front zu machen. Es wurde nichts unternommen, 1. weil es den Herren Amsterdamern wie auf Bestellung gerecht gemacht wurde, und 2. weil bei ernsthaftem Vorgehen der Betriebsrat doch schließlich mal selber hinausfliegen könnte, **wie Daniel selbst sein Nichtstun zu begründen versucht hat.** Natürlich ist das alles streng nach gesetzlicher Ordnung, **wie sie die Juristen der Leunawerksdirektion auslegen.**

Am Gründonnerstag wurde aus der Belegschaft heraus eine zweite Liste, eine Liste der oppositionellen Gewerkschafter, zum Wahlvorstand gebracht mit dem Ziel, die zweite Liste mit der ersten zu vereinigen, um der Werksleitung nicht eine gespaltene Arbeiterschaft gegenüberzustellen. — Herr Daniel als Wahlvorsteher zeigte dabei, daß ihm das Betriebsrätegesetz nicht gefällig ist, denn er wollte die durchaus gültige Liste, die im Betriebe mit viel Mühe und selbst mit gewisser Gefahr zusammengestellt war, einfach als ungültig zurückweisen. Aber er fand nach einigen Stunden den Faden der gesetzlichen Ordnung wieder, und erklärte dann, daß er ja als Wahlvorsteher die Verbindung der Listen nicht vornehmen könne, sondern daß das nur die Listenführer der anderen Liste machen könnten. Das ist gesetzlich recht, aber daß nachmittags kein Vertreter der ersten Liste da war zur Beratung, das ist die Schuld des Daniel und seiner Freunde; er hatte dann wieder formell recht, daß ja die Zeit der Einreichung am Donnerstag zu Ende ging, eine Vereinigung zu einer Liste nicht stattgefunden hätte und daher eben zwei Listen eingegangen seien und eine Wahl durch Stimmenabgabe erfolgen müsse.

Bis zum Sonnabend vor Ostern hatten sich die Bonzen die Sache nun anders überlegt. Da hatten sie erst ihre Dummheit begriffen; nämlich, daß durch die vorzunehmende Wahlhandlung die Belegschaft und schließlich auch ihre Nachläufer außerhalb des Leunawerkes erkennen würden, wie man in den Gewerkschaften auf Demokratie pfeift, wenn für die Sozial-Demokraten die Geschichte wacklig wird. Nun machte der Wahlvorstand aus der Not eine Tugend. Er nahm sich das Recht heraus, was ihm nicht zusteht, eine Vereinigung der eingereichten Listen nach erfolgtem Abschluß der Einreichungsfrist zu begünstigen und letzten Endes selber vorzunehmen. Die Vertreter der Belegschaftsliste gingen nach mehrmaliger Aussprache auf die Zusammenlegung ein, trotzdem die Menschek, Daniel, Hennig, Seifert und Genossen sich ihnen gegenüber benahmen, als wenn diese kleinen Götter über die Vertreter der Arbeiterschaft wegen eines Verbrechens zu Gericht säßen. Nur das Interesse an einer Einheitsfront der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer hat die Vertreter der Opposition das alles auf sich nehmen lassen, und es wurde paritätische Verbindung der Listen abgemacht und dabei auch die paritätische Zusammensetzung des Betriebsausschusses in Aussicht genommen, wofür sich besonders der gewichtige Herr Daniel ins Zeug legen wollte. Was am Donnerstag, also noch während der Einreichungsfrist, dem Wahlvorsteher ungesetzlich erschien, die Zusammenlegung der Listen durch ihn, ging tadellos, als es ungesetzlich war, aber seinen Freunden gerade paßte.

Kurz darauf wurde ein Vertreter der Oppositionsliste fristlos vom Werk entlassen, wegen eines Grundes, der völlig unzureichend, eben nur als Vorwand gesucht war. Die Kollegen forderten Wiedereinstellung. Daniel erklärte, das sei nicht möglich, worauf die Oppositionsvertreter verlangten, die Listen wieder zu trennen, da sie von den Kandidaten der ersten Liste (der alte Betriebsrat) mehr Interesse für gemaßregelte Kollegen erwartet hätten. Darauf teilte Daniel ihnen mit, daß die Liste schon im Druck sei und die Direktion es ablehne, noch Aenderungen vornehmen zu lassen. **Und der Wahlvorstand fügte sich, weil es ihm, seinen Freunden und der Werksleitung paßte.**

In der am Freitag, dem 13. April, stattgefundenen ersten Sitzung des neuen Betriebsrats hat sich nun die Amsterdamer Richtung in ihrer ganzen Größe als Arbeiterverräter gezeigt. Mit den Stimmen der reaktionären Beamten ließ sich der Bürger Daniel gegen die Stimmen der Arbeiteropposition wieder zum 1. Vorsitzenden des Betriebsrats wählen. Als dann die Opposition die Einlösung des Ehrenwortes des Ehrenbürgers Daniel erwartete, nämlich die paritätische Zusammensetzung der vier Arbeitervertreter im Betriebsausschuß, erklärte dieser Spießer mit größter Scheinheiligkeit, er habe doch auf die Abstimmung keinen Einfluß, er sei doch nur als Wahlvorsteher verpflichtet, die Wahl vorzunehmen. In der Abgabe seiner Stimme sei ja doch jeder frei, und so ist denn der Betriebsausschuß wieder der alte von Beamten und Werkleitungs gnaden, mit Herrn Daniel als Krone der Schöpfung.

Als seine Parteigenossen das Gegenteil taten von dem, was er den Vertretern der Belegschaftsliste versprochen hatte, zu vertreten, doch sicher, weil es richtig sei, in dem Augenblick hätte es dem Daniel vielleicht noch gelingen können durch den Rückritt von dem Posten als 1. Vorsitzenden sich vor dem gänzlichen Verrecken im spießerlich-gelben Sumpf zu retten. Jetzt ist es vorbei. Jetzt hat er erneut und eindeutig bewiesen, daß ihm Demokratie, Arbeiterinteressen, Arbeiterehre usw. leere Worte sind, denen auch kein Pathos und keine Kraftmeierei Gehalt und Wahrheit verleihen können. **Zwei Jahre hat er Muße, politische Zurückgezogenheit und Zeit gehabt, sich zu entscheiden. Er hat die Oeffentlichkeit und** die Kritik gemieden. Jetzt heißt es offen Farbe bekennen: Arbeiter oder Spießer?

Für uns ist es klar, daß er dem gebildeten Spießertum innerlich näher steht als dem „ungebildeten Arbeiter." Die Arbeiterschaft selber aber muß erkennen, wer vorgibt und vielleicht selbst glaubt, ihre Interessen zu vertreten, dies jedoch nicht tut, nicht kann, unfähig ist, zu kämpfen, zu organisieren, was kampfgewillt ist, zu fördern, was revolutionär ist. **Die Arbeiterschaft von Leuna muß sich wieder ein Jahr auf sich allein verlassen,** darf aber die immer vorhandenen Keime der Auflehnung gegen Entrechtung und Gewaltherrschaft nicht außer Acht lassen. **Sie steht nicht allein, die Kommunistische Partei und ihre Presse kämpfen mit ihr Seite an Seite.**

Die legalen Kontrollausschüsse in Sachsen

Dresden, 17. April.

Laut Vereinbarungen der KPD. und VSPD. über die Bildung einer neuen Regierung in Sachsen war auch die Bildung von Kontrollausschüssen zur Bekämpfung des Wuchers vorgesehen. Der sächsische Wirtschaftsminister hat jetzt hierüber eine Verordnung erlassen.

Danach müssen in allen Gemeinden über 10 000 Einwohner **Preisprüfungsstellen** errichtet werden. Kleinere Gemeinden können solche errichten. Die Preisprüfungsstellen sind befugt, von jedermann Auskunft über die für die Preisbildung wichtigen Tatsachen zu verlangen. Sie können die Lagerräume für Lebensmittel betreten und besichtigen und mit **Zustimmung der zuständigen Behörde** die Vorlage von Schlußscheinen, Rechnungen und der im Handelsverkehr sonst üblichen Schriftstücke und Bücher, soweit sie sich auf den Handel von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, fordern.

Bei allen Preisprüfungsstellen sind **Ausschüsse zur Kontrolle der Preise** aller Gegenstände des täglichen Bedarfs zu errichten. Bei der Auswahl der Mitglieder zu diesen Kontrollausschüssen ist darauf zu achten, daß sie das **besondere Vertrauen der minderbemittelten** Volksschichten genießen. Sie dürfen deshalb **nur im Einvernehmen** mit den am Ort **zuständigen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen** ausgewählt werden.

Von der Einrichtung von Kontrollausschüssen kann ausnahmsweise mit Zustimmung des Wirtschaftsministers und dem Einverständnis mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen abgesehen werden.

•

Die „Sächsische Arbeiterzeitung" bemerkt dazu, daß die Bestimmungen, wonach Rechnungen usw. nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde eingesehen werden dürfen, der Vereinbarung der beiden Arbeiterparteien nicht entsprechen. Ebenso hält sie die Bestimmung für unglücklich, daß mit Zustimmung der Arbeiterschaft unter Umständen auf die Einrichtung von Kontrollausschüssen verzichtet werden könne. Trotzdem fordert unser sächsisches Bruderblatt die Arbeiterschaft auf, sich mit aller Kraft an der Wahl der Kontrollausschüsse zu beteiligen und nur ehrliche revolutionäre Klassenkämpfer in sie zu entsenden.

Der russische Getreideexport

Moskau, 17. April.

Anläßlich der Gründung der neuen Aktiengesellschaft für Getreideexport „Chleberport" sprach der Mitarbeiter der russischen Telegraphenagentur mit Krassin, der auf den festen Willen der Sowjetregierung hinwies, im laufenden Jahr den Getreideexport in großem Maßstab wieder aufzunehmen. Krassin sagte, daß der Getreideexport ins Ausland eine Lebensfrage der Landwirtschaft sei. Der Getreideexport habe auch eine große staatliche Bedeutung. Er werde zur Stabilisierung des Rubels führen und ein ernstes Argument für die Anerkennung der Sowjetmacht sein. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit werden die Exportoperationen nicht in den Händen ausländischer Exporteure, sondern in den der russischen Regierung selbst liegen. Das Monopol des Getreideaußenhandels sei die einzige Möglichkeit, der unkontrollierbaren Wirtschaft mit dem russischen Getreide zu entgehen. Das schließe die Möglichkeit ausländisches Kapital zu den Exportoperationen heranzuziehen, nicht aus, unter der Bedingung gemäßigter Gewinnbeteiligung. Krassin rechnet nicht mit einem großen Zufluß ausländischen Kapitals in diesem Jahr und besteht auf der Notwendigkeit, eine Zentrale zu bilden, die die Tätigkeit aller staatlichen kooperativen Instanzen für Getreidehandel zum Kampf mit den üblichen scharfen Schwankungen der Getreidepreise vereinigen soll.

Ausland

Militärischer Hilfsdienst der Frauen in Polen. Im Militärausschuß des Sejm wurde die Dienstzeit auf 1½ Jahre festgesetzt, außerdem wurde ein Antrag angenommen, der die Frauen zwischen 20 und 40 Jahren zu militärischem Hilfsdienst verpflichtet.

Griechisches Gewaltregiment in Westthrazien. Die bulgarischen Grenzbehörden melden die Ankunft neuer Flüchtlinge aus Westthrazien, die, von allem entblößt, vor den Nachstellungen der Griechen von Haus und Hof fliehen. Die Griechen, die auch weiterhin die Schuld an der Anarchie in Thrazien auf von außen kommende Anstiftung zurückführen, setzen planmäßig die Ausrottung der einheimischen Bevölkerung fort. Nach Nachrichten aus amtlicher Quelle ist die gesamte Bevölkerung der bulgarischen Dörfer in der Gegend von Dedeagatsch auf griechische Inseln verbracht worden. Die ganze Nahrung, die sie erhalten, besteht in einer Ration von 150 Gramm Brot. Die Bewohner des Dorfes Irtan in der Gegend von Ascherlaköj werden in allernächster Zeit nach Hadschi Mustafakay in der Gegend von Gümüldschina verbracht werden.

Gewerkschaftsbewegung

Schwere Niederlage der VSPD. in Hamburg

In Hamburg fanden am 14. April die vom Ortsausschuß des ADGB. ausgeschriebenen Wahlen zum Erwerbslosenrat statt. Sie sollten, um der revolutionären Erwerbslosenbewegung in Hamburg das Genick abzudrehen. Der Hamburger Ortsausschuß hat sich aber seine arge Niederlage geholt. Die opositionellen Genossen hatten eine eigene Liste gegen die freigewerkschaftliche Liste aufgestellt. Gewählt wurden, trotz großangelegten Verleumdungsfeldzuges, sieben Vertreter auf die oppositionelle Liste und nur zwei Vertreter auf die freigewerkschaftliche Liste. Von 8721 abgegebenen Stimmen entfielen 6800 auf die oppositionelle, nur 1906 Stimmen auf die freigewerkschaftliche Liste.

Das Bestreben des Ortsausschusses, die Erwerbslosenbewegung in seine Hand zu bekommen, um sie abwürgen zu können, ist zunichte gemacht worden.

Vom Tage

Zum Tode verurteilt. Das Volksgericht in München verurteilte die beiden Mörder des Kaufmanns Daum aus Marienburg, den Kaufmann Innenkamp und den Angestellten Kaske aus Düsseldorf, die im Dezember 1922 Daum in der Nähe von Mittenwald mit Holzprügeln niedergeschlagen und seiner Barschaft beraubt hatten, zum Tode.

Eisenbahnunglück in Mesopotamien. Die „Times" meldet aus Bagdad: Ein gemischter Zug geriet am Sonnabend 80 Kilometer nördlich Basra in einen Regensturm. Eine Eisenbahnbrücke stürzte ein. Zwanzig Personenwagen und eine Anzahl Güterwagen wurden vernichtet, eine Anzahl eingeborener Soldaten getötet oder verletzt, sechs Zivilpassagiere erlitten gleichfalls Verletzungen.

Einbruch in ein Schweizer Konsulat. In den Räumen des Schweizer Konsulats in Warschau erbeuteten Einbrecher 17 Millionen polnische Mark und 400 Schweizer Franken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230418-12/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Die Ausbeuteroffensive

Vorbereitungen der mitteldeutschen Braunkohlengrubenbesitzer zur intensiveren Ausbeutung und Knebelung der Bergleute.

In der letzten Mitgliederversammlung der KPD. in Eisenberg waren mehrere Bergarbeiter anwesend, die im benachbarten Zeitzer Braunkohlenrevier beschäftigt sind. Diese machten übereinstimmende Ausführungen über das geradezu verbrecherische Verhalten der Grubendirektionen. Vor den Bergbaubetrieben im ganzen Revier stehen täglich große Massen von Arbeitslosen, in der Hoffnung, doch wieder in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden. Vielleicht hat ein Teil von ihnen auch von dem von nationalen Phrasen triefenden Versprechen der Grubenbarone in Mansfeld gehört, die den Verlust des Ruhrgebietes durch vermehrte Tätigkeit auf den Brankohlengruben wieder wettmachen wollen.

Nun müssen diese Erwerbslosen täglich von dem Bauführer hören: **„Wir brauchen eine Menge Arbeiter, doch die Direktion läßt die Einstellungen nicht zu.“** Es steht offensichtlich fest, daß die nationalistischen Grubenkapitalisten einen Lohnabbau größten Stils vorhaben, aber mit der Durchführung des Programms warten, weil das Heer der Arbeitslosen noch nicht groß genug ist, sie also nicht bei einem Abwehrkampf der Bergarbeiter sofort in genügender Menge Arbeitswillige zur Verfügung haben. Auch für ausscheidende Arbeiter aus den Kohlengruben wird, wie festgestellt werden konnte, kein Ersatz eingestellt. Man versucht die Produktion zu erhöhen, indem man die Arbeitskolonnen reduziert und aus den freiwerdenden Kräften eine dritte Schicht bildet. Auf diese Weise, also durch vermehrte Ausbeutung der Arbeiter, wird die Produktion erhöht. Natürlich werden damit auch die Gefahren für die Arbeiter in den Braunkohlengruben gesteigert.

Statt der Arbeiter sind in der letzten Zeit aber eine ganze Anzahl **Studenten auf den Gruben eingestellt** worden. Es liegt System in der ganzen Sache. Die Spitzel sollen dazu dienen, den Hinauswurf der rückgratfesten, klassenbewußten Arbeiter zu beschleunigen und eine völlig willenlose Arbeiterschaft zu erzeugen, die allen Ausbeuterpraktiken keinerlei Widerstand entgegensetzt.

Die Braunkohlengrubenherren können wohl lachen. Für sie ist jetzt gute Ernte. Nachdem der Steinkohlenverbrauch durch die Ruhrbesetzung auf einen Bruchteil seines früheren Umfanges zurückgegangen ist, können sie großzügig an die Ausbeutung der Bergleute sowohl als der Verbraucher herangehen. Alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel werden zu diesem Zweck angewandt. **Die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands wird mit aller Kraft die Ausbeuterpläne durchkreuzen müssen!**

Betriebsratswahl-Ergebnisse

In den Betriebsrat der städtischen Gartenverwaltung Halle wurden gewählt zwei Kommunisten und drei Parteilose.

Auf dem Wolfsschacht bei Eisleben sind gewählt worden: sechs Kommunisten, zwei Parteilose, ein VSPD. und ein Christlicher.

Der Betriebsrat auf Werk Groitzschen bei Kretzschau setzt sich zusammen aus drei Kommunisten, drei SPD. und einem Parteilosen.

Das starke Anwachsen der kommunistischen Betriebsräte in den Domänen der VSPD. kann **als günstiges Zeichen für die kommunistische Bewegung gedeutet werden.**

Schkeuditz. Zur Maifeier. In der gestrigen Nummer des „Klassenkampf“ hatten wir bereits unsere Genossen aufgefordert, vom Kauf der Maikarten Abstand zu nehmen, weil die VSPD. mit einer beispiellosen Frechheit versuchte, die KPD. an die Wand zu drücken. Die Kommunistische Partei hatte nichts unversucht gelassen, die Einheitsfront zu erhalten. Für den 1. Mai hatte die Partei selbstredend versucht, auch ihrerseits einen Redner zu stellen. So war der an sich diskutable Vorschlag gemacht worden, die Maifeier von Kartell aus abzuhalten, dabei wollte die KPD. den Referenten stellen. Dagegen bäumte sich der VSPD.-Geist auf und kurzerhand lehnte die sogenannte Mehrheit im Kartell das Ersuchen der KPD. ab. Der Kartellvorstand spielte die bekannte Einerseits-andrerseits-Rolle. Somit ist die KPD. vor die Frage gestellt, unter eigner Regie die Maifeier zu veranstalten. Es gilt, alle Kräfte anzuspannen, damit der Tag des Proletariats in würdiger Weise begangen wird. Trotz der Sabotageakte der VSPD.-Leute werden die Arbeiter erkennen, wo ihr Platz ist am 1. Mai. Die Parteileitung hat bereits Schritte unternommen, die zur Vorbereitung des 1. Mai angetan sind. Nähere Mitteilungen werden dann noch im „Klassenkampf“ erfolgen.

Schönebeck. In schweren Nöten ist die hiesige Zollbehörde, weil sie einer hiesigen Firma durchaus drei Pfennig zuviel erhobener Steuer zurückzahlen will, die Firma aber auf ein eisernes Fünfpfennigstück nicht herausgeben kann.

Arbeiter! Kauft nicht in den Geschäften, die auf eure Kundschaft verzichten, zahlt mit gleicher Münze.

Die Bureaus der Produktiv-Genossenschaft sind geöffnet von ½8 bis ½5 Uhr.

P. Theuring,
G. m. b. H.,
Triftstraße 24
und Filialen,
ist die höchstzahlende Firma
in der Branche.
1373

Oppin. Freitag, 20. April, abds 7½ Uhr, im Gasthof Ferl: **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Gen Höcker, Halle.

Ammendorf. Freitag, 20. April, abds. 8 Uhr, im Gasthof Radewell: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Urban.

Canena. Freitag, 20. April, abends ½8 Uhr, bei Wenzel: **Oeffentliche Versammlung.** Refer.: Gen. Sachse.

Kreis Bitterfeld.

Zörbig. Freitag, 20. April, abds 8 Uhr, im „Schützenhaus“: **Oeffentl. Versammlung.** Refer.: Genosse Koenen, Merseburg.

Kreis Delitzsch.

Queis. Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr, im Gasth. Seidewitz: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Gustav Bormann, Halle.

Gleßien. Freitag, 20. April, abds. 8 Uhr, im Gasthof „Stadt Berlin“: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Schippa.

Kreis Weißenfels.

Weißenfels. Freitag, 20. April, abds. 8 Uhr, im „Volkshaus“: **Mitgliederversammlung.** Wicht. Tagesordnung.

Kaufe laufend
Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle und andere Rohprodukte 1376
P. Günther
Grafeweg Nr. 8.
Tel. 6130. Tel. 6130.

Geschlechtsleiden!
Zahlreiche Erfolge b. **Harnröhrenleiden** (frisch u. veraltet), **Weißfluß, Syphilis, Manneschwäche.** Keine Berufsstörung. Alles diskret. Leiden kurz angeb. Aufklär. Broschüre M 50,00, Porto extra. Dr. med. **H. Schmidt, Spezialinstitut, G.m.b.H. Berlin NW 69, Rathenower Straße 73,** Sprechst. 10—1, 4—7. *112

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 133
kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b.
Bachran & Co.,
Markt 6, gegenüber Börse.

Vor Ankauf wird gewarnt!
Schwarzbr. Zwergpinscher, mit langen Ohren, entlaufen. Geg. hohe Belohnung abzugeben Am Wasserturm 9 (Rohpl.). 1368

P. Theuring,
G. m. b. H.,
Triftstraße 24
und Filialen,
ist die höchstzahlende Firma
in der Branche.
1373

3 Könige.
Lachstürme auf Lachstürme erziel. jeden Abend die **Schwarzenberg-Sänger.** 1374
mit ihren urkom. Possen:
1. Die Flamme.
2. Jetzt.
Heute, Mittwoch
Kabarett und Tanz.

K·P·D

Verwaltungs-Sitzung der Produktiv-Genossenschaft

am Sonnabend, dem 21. April, abds. 7½ Uhr im Bureau der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14.

Die Sitzung muß pünktlich beginnen.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H.
Fritz Kroh.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Graphische Industriegruppe. Sonnabend, 21. April, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: **Versammlung aller kommunistischen Beschäftigten d. graphischen Gewerbes.**

Betriebsräte und Betriebsfraktionen. Donnerstag, 19. April, abds. 7½ Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft“: **wichtige Sitzung.** Es darf niemand fehlen.

Fraktion der Fabrikarbeiter. Sonnabend, 21. April, abds. 7 Uhr, in der „Prod.-Genossensch.“: **wicht. Sitzung.**

Bergarbeiter-Fraktion. Sonntag, den 22. April, vorm. 9 Uhr, in der „Gold. Kette“, Alter Markt 14: **Wichtige Fraktionssitzung aller kommunistisch. Bergarbeiter.** Tagesordnung: „Der Lohnabbau im Mitteldeutsch. Bergbau“.

Fraktionssitzung der kommunistischen Metallarbeiter. Donnerstag, 19. April, abds. 6 Uhr, in der „Produktiv-Gen.“. Mitgliedsbuch des DMB. und der Partei ist mitzubringen.

Distrikt 7. Unsere **Distriktsversammlung** findet statt am Donnerstag, 26. April, abends 7 Uhr.

Halle-Saalkreis.

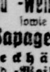
Dölau, Lettin, Lieskau, Pfützthal. Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr, in Dölau bei Dietsche: **Gemeinsame Funktionärsitzung.**

Reideburg. Donnerstag, 19. April, abds. 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde“: **Mitgliederversammlung.**

Stadt-Theater.
Donnerstag abends 7½ Uhr:
Othello
Freitag:
Der Vater. 1361

Künstlerspiele
Be. Bu. Bü.
Jägergasse 1 (Ecke Gr. Ulrichstr.)
Dir. Alb. Kech. Tel. 1062
Jed. Abend 8 Uhr
Das glänz. Programm
10 bewährte Künstler

Denkt an die „Rote Hilfe“!

Kaufe dauernd:

Kanarien-Hähne und -Weibchen,
sowie 1370
Papageien.
Heckhähne und -Weibchen zu verkaufen.
W. Schuller,
Halle a. d. S.,
Posadowskystr. 161

In vielen 1000 Fällen
weisen wir nach, daß wir
Lumpen aller Art
zu guten Preisen untergebracht haben.
Französische, belgische und polnische Rohprodukte
sind minderwertig und werden von uns **nicht gekauft.**
Wir kaufen:
Papierabfälle
Bücher, Zeitung., Lumpen, Knochen, Wolle, Eisen
usw. in großen und kleinen Mengen.
Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft, m. b. H.
Triftstraße 24 **Halle a. d. S.** **Große Brunnenstraße 59**
Telephon 5659 und 4363.
Filialen:
Augustastraße 17 (Hof), Breitestraße 34, Große Brauhausstr. 17. Ammendorf: Hauptstraße. 1371

Bekanntmachung.

Für den April-Verbrauch an **Gas, Strom und Wasser bleiben die unterm 19. 3. bekanntgegebenen Preise pro März bestehen. Eine Aenderung tritt nur für die Abnehmer nach Pauschaltarif ein.** Für dieselben kommen zur Berechnung:

für eine Pauschallampe mit 32 Normalkerzen oder ein durch Umschalter verbundenes Lampenpaar	2 Kilowattstunden
für eine Pauschallampe mit 16 Normalkerzen, sonst wie vorstehend	1 "
für eine automatische Treppenbeleuchtungslampe	1 "

Halle, den 14. April 1923. 1365

Der Magistrat.

„Volkspark“
Heute abend 8 Uhr zum letzten Male:
Der große Unbekannte,
der schnellste Telepath der Welt.
Henry Welton,
der Deckenläufer,
das größte Luftschauspiel sowie das andere große Programm.
1375

Von **Donnerstag**, früh von 10 bis 2 Uhr, an steht ein Transport
pa. hannoverscher Läuferschweine

im „**Wettiner Hof**“, Delitzscherstr. 10, sowie fortwährend in meiner Stallung **Trothaerstr. 80,** preiswert zum Verkauf.
1366 **H. Richter,** Tel. 3752.

Parteischriften
empfiehlt die **Volksbuchhandlg.**

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten!

Fein- u. Kernseifen
erstklass. Erzeugnisse große Auswahl, [135 herabgesetzte Preise.
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

P. Theuring,
G. m. b. H.,
Triftstraße 24
und Filialen,
ist die höchstzahlende Firma
in der Branche.
1373

„Salzgraf“
Panzerchromhülle
Jungmann-Bälle
Fußballstiefel 1361
Große Auswahl!
F. Oswald Berger
Gr. Ulrichstraße 40 (Eing. Kaulenberg)

Küchen, Bettg., 150 000, g. erh. Komode z. verk. Hafenstraße 48, II. r.

Werbt für die Produktiv-Genossenschaft.

Achtung! Achtung!

Lumpen	per Kilo	180	Mk.
Bücher u. Zeitungen	"	180	"
Wolle (rein)	"	1000	"
Alt-Papier	"	100	"

Berliner Börsenpreise für Schafwolle, Felle u. Flaschen, für Alt-Eisen, Metalle (Kupfer, Messing, Blei, Zink) 1372
nur
Lessingstr. 28 Ecke Dessauer Straße (1 Min. v. Walhalla), **Tel. 4926.** **Forsterstr. 57** Ecke Magdeb. Straße (1 Minute v. Bahnhof).
Fritz Wilsdorf, Rohprodukten-Zentrale,
Inhaber: **W. Walter.**

Dem Jubelpaare, Genossen
Wilhelm und Wilhelmine List
zur silbernen Hochzeit *216
die herzlichsten Glückwünsche.
KPD., Ortsgruppe Ammendorf.

Bis Pfingsten hebe gekaufte Sachen bei entsprech. Anzahlung auf
Anzüge
sowie alle Arten **Herren-Garderoben**
preiswert in **Riesels** *217
Etagen-Geschäft,
Große Märkerstr. 22 I.

P. Theuring,
G. m. b. H.,
Triftstraße 24
und Filialen,
ist die höchstzahlende Firma
in der Branche.
1373

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230418-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 18. April 1923.

Alarm!

Der „Ordnung“ brennt es auf den Nägeln:
Seht Ihr, wie sie in Sachsen flegeln?
Wie sie sich Ruck um Ruck erheben
Und nach der Macht im Staate streben?
Der Geldsack fühlt sich aufgeschreckt,
Weil sich ein Riese dehnt und reckt!
Und ach, die Meute, wunderbar,
Für sie ist Bayern in Gefahr!
Die Meute scharrt, die Meute brüllt
Weil ihr Damaskus sich erfüllt?
Prolet, das heißt für uns Alarm:
Schon rüstet sich der Reichsgendarm!
Aufmarschparole: Anarchie,
Verfassungsbruch — die Melodie!
Sie warten nur noch auf das — Wetter,
Nicht wahr, Herr Seeckt, Herr Sachsenretter?
Oho! Es dürfte nur nicht glücken,
Die Republik nach — Rom zu schicken!
Oho! Die Republik sind wir!
Wir halten Wacht vor ihrer Tür!
Wir werden mit Euch sächsisch reden!
Wir überall! Wir, die Proleten!

Havelock.

Die Betriebsräte über die Arbeitslosenfrage

Im gutbesetzten Restaurationssaale des „Volkspark“ fand gestern abend eine Betriebsrätevollversammlung statt, die in Gemeinschaft mit dem Kartellvorstand, den Kartelldelegierten und dem Erwerbsloseirat darüber zu beraten hatte, wie den Arbeitslosen und Kurzarbeitern geholfen werden kann. Die typisch rechtssozialistische ausweglose Rede Wielepps zeigte den Arbeitern aber keinen Ausweg. Mit papiernen Resolutionen ist nicht geholfen. Engere Zusammenarbeit des Erwerbslosenrates mit dem Kartell und den Betriebsräten im Kampfe gegen das Ausbeutergesindel muß die Parole des Tages sein.

Der Verlauf der Versammlung gestaltete sich folgendermaßen: Wielepp hielt ein sehr ausführliches Referat, in dem er vor allem auf die Möglichkeiten hinwies, die dem Betriebsrat durch das Betriebsrätegesetz gegeben sind, um Arbeitsentlassungen zu verhindern. Erst wenn wir die Wirtschaft beherrschen, können wir das Arbeitslosenproblem gänzlich beseitigen. Vorläufig müssen wir uns damit abfinden und durch Aufklärung usw. dazu beitragen, daß wir bald aus dieser Wirtschaftsordnung herauskommen. Unser Einfluß reicht noch nicht aus. Wir können nur einen Druck auf die Parlamentarier der Arbeiterschaft ausüben, um durch diese für Notstandsarbeiten sorgen zu lassen. In Halle sind bisher nur 50 Arbeiter in einer Kießgrube und 5 an der Straßenbahn als Notstandsarbeiter beschäftigt worden. Die Aussichten auf Notstandsarbeit sind sehr gering. Wir müssen die Organe des Reiches mit Forderungen bestürmen. Das Reich kann sich ja Mittel dadurch verschaffen, daß es endlich daran geht, den Besitz zu besteuern. (Siering behauptete ehedem, das sei schon lange geschehen.) Das Arbeitsministerium „plant“ eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Wielepp „hofft“, daß das nicht lange auf sich warten läßt. Und so weiter, und so weiter, gleichmäßig, einschläfernd, sehr ausführlich.

In der Diskussion machte zunächst Kollege Lüttich brauchbare Vorschläge über Organisierung und bessere Erfassung der Erwerbslosen. Die Gewerkschaften sollten in erster Linie ihre Arbeitslosen zusammenfassen.

Kollege Langewaldt als ehemaliges Mitglied des Erwerbslosenrates teilt seine trüben Erfahrungen mit und weist darauf hin, daß von etwa 6000—7000 Arbeitslosen nur etwa 300 Unterstützung erhalten.

Kollege Freyberg rollt in trefflichen Ausführungen die grundsätzliche Seite der Frage auf. Er fordert zum Schluß, daß sich endlich der ADGB. ernstlich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt.

Der arbeitslose Landrat Kasparek kann — natürlich — die Gefühle der Arbeitslosen verstehen, warnt aber vor Hitzigkeiten und erwartet von den monatelang Hungernden, daß diese die Formen unter Klassengenossen nicht verletzen, also — mit anderen Worten — einen Bureaukraten höflich bitten, ihre Interessen zu vertreten. Er ist gegen den Erwerbslosenrat. Freilich „nicht grundsätzlich, aber er ist dagegen“.

Nach weiterer Aussprache wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 17. April im „Volkspark“ tagende Versammlung der Betriebsräte und der Gewerkschaftsvorstände, die sich mit der Arbeitslosigkeit in längerer Aussprache beschäftigte, bringt zum Ausdruck:

Die Arbeitslosigkeit ist eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und wird erst mit dieser verschwinden. Diese Erkenntnis in die Massen der Arbeiter und Angestellten hineinzutragen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung.

Solange die Arbeiterschaft noch unter solchen Wirtschaftskrisen zu leiden hat, erhebt sie folgende Forderungen:

1. **Bereitstellung von Notstandsarbeiten in genügender Weise und Entlohnung nach tariflichen Sätzen.**
2. **Festsetzung der Unterstützungssätze auf eine Höhe, die den herrschenden Lebensmittelpreisen entspricht und zur Erstattung der Existenz ausreicht.**
3. **Beseitigung aller bureaukratischen Vorschriften aus der Verordnung betr. Erwerbslosenfürsorge und weitherzigste Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen.**

Die Betriebsräte erachten es für ihre Pflicht, die gesetzlichen Bestimmungen, die zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit geschaffen sind, zu beachten. Gegen widerspenstige Arbeitgeber ist der Schlichtungsausschuß anzurufen.

In den Betrieben ist bei Entlassungen in erster Linie auf solche Kollegen zurückzugreifen, die sozial besser gestellt sind. Hierbei sind die Bestimmungen der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu beachten.“

Arbeiter, Klassengenossen! Bleibt nicht stehen bei diesen Forderungen. Jedem von Euch droht das Schicksal der Kurzarbeit, der Arbeitslosigkeit. Schließt die Reihen zum Kampfe! Es geht um Eure Existenz!

Kaufmannsgerichtswahlen

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit:

Am Sonntag, dem 22. April, findet in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags die Wahl von zehn Kaufmannsgerichtsbeisitzern statt. Wahlberechtigt sind sämtliche über 20 Jahre alten Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts. Jeder Wahlausübende hat sich von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung über seine Beschäftigung ausstellen zu lassen. Die Vordrucke hierzu sind be[redacted]t, Rathausstraße 19, oder im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Harz 42/44, Zimmer 19, zu haben.

Es sind drei Listen eingereicht. Die freigewerkschaftliche Liste ist die Nr. 2 mit den Spitzenkandidaten **Jakobus, Eichstädt Nilius.**

Die freigewerkschaftliche Liste Nr. 2 enthält als einzige weibliche Kandidaten. Der Zentralverband der Angestellten bekennt sich somit als alleinige Organisation, die für vollkommene Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten den männlichen gegenüber eintritt. Dies müßte für sämtliche weibliche Angestellte Veranlassung sein, nur die Liste des ZdA. Nr. 2: Jakobus, Eichstädt usw. zu wählen.

Genüge jeder seiner Wahlpflicht. Die Kaufmannsgerichtswahl ist von größter Bedeutung, hat doch das Kaufmannsgericht nicht nur über materielle Streitfragen zu entscheiden, sondern auch über Entlassungen. Die Beisitzer sind bei Fällung von Urteilen ausschlaggebend. Nicht objektive, nicht zielbewußte Beisitzer sind zum größten Nachteil der Angestellten. Deshalb wählt nur zuverlässige Beisitzer und das sind die Kandidaten der Liste des ZdA.

Uebe also jeder seine Wahlpflicht aus und wähle die Liste 2, Jakobus, Eichstädt usw.

Heraus zur internationalen Propagandawoche!

Die Frankfurter internationale Konferenz hat für die Zeit vom 15. April bis zum 1. Mai für alle Länder eine internationale Propagandawoche festgesetzt. Der Zweck dieser Propagandawoche ist, die Steigerung und Konzentrierung des proletarischen Abwehrkampfes.

Die Ortsgruppe Halle der KPD. beruft nun für Freitag, den 20. April, abends 7½ Uhr, nach dem großen Saal des „Volkspark“ eine große

internationale Kundgebung

ein, mit dem Thema:

Für die Liquidierung des Versailler Raubvertrages, gegen die faszistische Reaktion.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Hausfrauen! Erscheint in Massen zu dieser Kundgebung, die eine große Willenskundgebung ist für die Einheitsfront zum Kampfe gegen den Lohnabbau und die Unternehmeroffensive, gegen die Cuno-Regierung, für die Sachwerterfassung durch eine Reichs-Arbeiter-Regierung, für das gemeinsame Vorgehen der deutschen, russischen, französischen, englischen usw. Arbeiter gegen Poincaré und gegen die kapitalistischen Ausplünderer.

Das Ergebnis der Gewerbegerichtswahl

14 freigewerkschaftliche, 1 christlicher Beisitzer

Die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht Halle am Sonntag ging unter einer nur schwachen Beteiligung vor sich. Es kamen im ganzen nur 4432 Wähler an die Wahlurnen heran; da schätzungsweise etwa 20 000 Wähler in Frage kamen, entspricht die erstgenannte Ziffer also einer Wahlbeteiligung von knapp 25 Prozent. Viele, die zur Wahl erschienen waren, wurden vom Wahlvorstand zurückgewiesen, da sie keinen genügenden Ausweis über ihre Wahlberechtigung hatten. Trotz mehrfacher Aufforderung in der Presse hatten es nicht wenig Arbeitnehmer versäumt, sich von ihrem Arbeitgeber den Ausweis geben zu lassen. So hat u. a., wie uns berichtet wird, im Leunawerk kein einziger Arbeiter einen solchen Ausweis erhalten; das gleiche wird uns von den Halleschen Röhrenwerken berichtet. Wer die Schuld trägt, ist uns bisher nicht bekannt, jedenfalls ist durch diese Nachlässigkeit das Wahlresultat sehr beeinflußt worden. Auch die Polizeiämter scheinen nicht recht gewußt zu haben, daß sie den zurzeit nicht beschäftigten, aber in Halle wohnenden Wahlberechtigten einen Ausweis auszustellen hatten, denn nach uns zugegangenen Mitteilungen ist einigen Arbeitern, die auf dem Polizeibureau die Bescheinigung forderten, diese unter nichtigen Gründen versagt worden. Da auch die Wahlvorstände nicht überall mit den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes und dem Ortsstatut des Gewerbegerichts Halle Bescheid gewußt zu haben scheinen, ist so manche Stimme verloren gegangen.

Von den 4432 Wählern gaben 4076 ihre Stimme der freigewerkschaftlichen Liste, während 356 für die christliche Liste stimmten. Demnach entfallen auf die Liste 1 (Gewerkschaftskartell) 14 Sitze, auf die Liste 2 (christliche Gewerkschaften) 1 Sitz.

Die Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlbezirken ist aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich. Die nicht eingeklammerten Ziffern beziehen sich auf die für je 15 Kandidaten einer Liste abgegebenen Stimmen, die dahinter stehenden eingeklammerten Ziffern geben die Zahl der Wähler an:

		Liste 1 Gewerkschafts-Kartell	Liste 2 Christliche Gewerkschaften
1.	Wahlbezirk (Talamtschule)	5805 (387)	945 (63)
2.	„ (Glauchaschule)	7087 (472)	480 (32)
3.	„ (Weingärtenschule)	5160 (344)	150 (10)
4.	„ (Johannesschule)	7815 (521)	570 (38)
5.	„ (Lutherschule)	4050 (270)	300 (20)
6.	„ (Torschule)	6765 (451)	585 (39)
7.	„ (Martinschule)	3495 (233)	420 (28)
8.	„ (Friesenschule)	5025 (335)	630 (42)
9.	„ (Neumarktschule)	3840 (256)	390 (58)
10.	„ (Oberrealschule Staudestraße)	12104 (807)	390 (26)
		61140 (4076)	5340 (356)

Schildbürgerstreiche aus Krähwinkel

Jeder Hallenser wird die Schwebebrücke kennen, die von der Peißnitz nach dem Weinberg führt. Aber nicht jedem dürfte bekannt sein, daß nach hohem Obrigkeitsbeschluß die Passage für Fahrräder, Handwagen usw. verboten ist. Um dieser Verordnung den nötigen Nachdruck zu verleihen, postierte die hohe Obrigkeit dort zwei beleibte Wächter in Gestalt zweier grüner Schutzpolizeibeamten.

Kam da mühsam den Berg herauf eine Frau, die eine Karre hinter sich herzog. Sie wollte die Brücke mit dem Gefährt passieren. Halt! Gemäß § soundso ist das Befahren usw. verboten! . . . Pfiffig lächelte die Frau (sie war sicher nicht aus Krähwinkel), hielt einen des Weges kommenden Arbeiter an und bat ihn, ihr doch den Wagen über die Brücke tragen zu helfen. Gesagt, getan. Beide faßten den Wagen an und trugen ihn seelenvergnügt über die Brücke. Die Polizeibeamten ließen die beiden ruhig gewähren; denn der Befehl lautete ja nur: das Befahren der Brücke usw. Und jeder Befehl ist heilig. So geschehen im Jahre des Heils 1923.

Volkstümliche Konzerte im „Volkspark“

Einer Anregung der Verwaltung des „Volkspark“ folgend, haben Vertreter der VSPD., der KPD., des Gewerkschaftskartells, der AfA., sowie der Arbeitergesangvereine und sonstiger kultureller Vereinigungen in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung sich für die **Veranstaltung von regelmäßig stattfindenden Konzerten im „Volkspark“** ausgesprochen. Die Konzerte sollen jeden Dienstag stattfinden, bei schönem Wetter im Garten, bei ungünstiger Witterung im großen Saal. Um von vornherein einen so starken Besucherkreis für die Konzerte zu schaffen, daß die Unkosten gedeckt werden können, sollen Abonnementskarten ausgegeben werden, die zum Besuch sämtlicher 16 Konzerte, die für die Zeit vom 15. Mai bis 15. September vorgesehen sind, berechtigen. Der Preis für ein solches Abonnement ist auf 3500 Mk. festgesetzt worden. Für Familienangehörige werden neben der Stammkarte des Abonnements Nebenkarten zur Hälfte des genannten Preises, also 1750 Mk., ausgegeben. Wer sich nicht zur Abnahme eines vollen Abonnements für die ganze Konzertsaison entschließen kann, hat Gelegenheit, ein Monatsabonnement zu nehmen, das 1200 Mark für die Stammkarte und 600 Mk. für die Familiennebenkarte kostet. Die organisatorische Vorbereitung der Konzerte ist dem Arbeiter-Bildungsausschuß übertragen worden. Dieser ersucht die Genossinnen und Genossen, die geplanten Konzerte durch Entnahme eines Abonnements zu unterstützen. In Listen, die in den Bureaus der Parteien und Gewerkschaften sowie in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und in den Volksbuchhandlungen ausliegen, können die Bestellungen eingezeichnet werden. Letzter Einzeichnungstermin ist der 25. April. Die Ausgabestellen für die Abonnements werden noch durch die Presse bekanntgegeben.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten

KPD.-Betriebsräte und Betriebsfraktionen. Donnerstag, den 19. April, abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

* **Betriebsräte und Obleute der Holzindustrie.** Am Freitag, dem 20. April, abends 7 Uhr, findet eine Gruppenversammlung aller neugewählten Betriebsräte und Obleute in der „Goldenen Kette“, Alter Markt, statt. Alle Betriebe der Holzindustrie müssen vertreten sein.

* **Lichtbildervortrag.** Auf Einladung der Hallischen Künstlergruppe hält am Montag, dem 23. April, im Auditorium maximum Theo van Doesburg, Holland, Herausgeber der Zeitschrift „de Stijl“ und „Mecano“ einen Lichtbildervortrag. Van Doesburg wird über die Ergebnisse der Stijlgruppe (Konstruktivisten), in welcher Architekten, Maler und Bildhauer zusammenwirken, berichten. Der Vortrag beginnt pünktlich um 7½ Uhr. Karten bei Hothan.

* **Fred Harry.** Infolge außergewöhnlichen Andranges bei der gestrigen Vorstellung findet heute zum unwiderruflich letzten Male eine Wiederholung statt mit Fred Harry als Telepath und Hellseher und dem übrigen Varieté-Programm.

Seeben. Gemeindevertreter-Sitzung. Der Antrag des Kriegervereins um Bewilligung von 4000 Mk. wurde auf Antrag des Genossen Binner abgelehnt, dagegen wurde beschlossen 30 000 Mark dem Wohlfahrtsausschuß zur Unterstützung aller älteren Personen aus der Gemeindekasse zu überweisen. — Der Einrichtung einer Hauptlehrerstelle wurde zugestimmt. — Die Aufhebung der Haftpflichtversicherung wurde abgelehnt. — Die Beschlußfassung über Ausführung der Friedhofsmauer mußte abgesetzt werden. — Der Wasserpreis wurde vom 1. Januar bis 30. März auf 180 Mk. festgesetzt. Im Mai und Juni soll eine Abschlagszahlung von 90 Mk. erhoben werden. — Die vom Landwirt Taube bewirtschafteten Parzellen wurden, da er genügend Land hat, anderweitig vergeben. — Die Hundesteuer wurde auf das zehnfache der bestehenden Sätze erhöht, so daß die Steuersätze des § 2 der Hundesteuerordnung vom 28. Juni 1922 sich um das zwanzigfache und die des § 3 um das zehnfache erhöhen. — Der Gemeindevorsteher gab dann den Jahresbericht bekannt. Durch Beschluß übernimmt die Gemeinde die Anleihe in Höhe von 1 500 000 Mk. für Siedelungszwecke. Dann wurde der Haushaltetat 1923/24 durchberaten. Durch Beschuß wurde die Dienstaufwandsentschädigung für den Gemeindevorsteher auf täglich sechs Stunden nach den Tarifsätzen des Maurerlohns festgesetzt. Ferner soll der Bewohner des Gemeindehauses drei Kubikmeter Wasser vierteljährlich bezahlen.

Nietleben. Mit Zucker will man die Arbeiter fangen. Auf dem Braunkohlenwerk Neuglücker Verein fand am 24. März die Neuwahl des Betriebsrates statt. Von der Belegschaft war eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt worden. Das paßte anscheinend der Direktion nicht, denn der Wahlvorstand wurde kurz vor der Listeneinreichung mit einer zweiten Liste überrascht, die wahrscheinlich auf Drängen der Werksleitung von einem Aucharbeiter aus der Expedition eingereicht wurde. Um die Arbeiter für diese zweite Liste zu interessieren, versprach die Werksleitung den Arbeitern die Lieferung von billigem Zucker. Als aber die Wahl vorbei war und vier Kommunisten von der ersten und nur ein Hirsch-Dunckerscher von der zweiten Liste gewählt worden war, blieb der Zucker aus. Vielleicht warten auch heute noch diejenigen, die den Hirsch-Dunckerschen gewählt haben, auf den versprochenen Zucker.

Arbeiter-Sport

HFK. Viktoria. Die Spieler Necke, Brendel, Biering, Müller, Wolf I, Koch, Schaf, Ersatz Nitzschke, haben sich am Sonntag vormittag 10 Uhr am Hauptbahnhof einzufinden zum Propagandaspiel in Sandersdorf. — Viktoria 2. — Sportlust 2. um 4 Uhr auf dem Sandanger. Hadas, Blome, Atzeroth, Hermann, Petzold, Pretsch, Höpfner, Böge, Zechel, Nilius, Wartz. — Viktoria 3. — Sportlust 3. um ½3 Uhr auf dem Sandanger. Meyer, Unsöld, Schubert I, Atzeroth, Hedel, Pätz, Laue, Markendorf, Oguntke, Zieger, Schmidt. — Viktoria 1. Jgd. — Fortuna 1. Jgd. (Serienspiel) um 10 Uhr auf dem Sandanger. Röhr, Steuer, Kuhnert, Werner, Solf, Schöne, Giesche, Bechstedt, B. Meyer, Ziege. — Sonnabend, den 21. April, haben sich sämtliche jugendlichen Mitglieder in der „Tanne“ einzufinden.

Arbeiter-Sportverein Kröllwitz. Am Sonntag weilte die erste Mannschaft des Sportvereins in Burg und konnte den Bezirksmeister vom 2. Bezirk Freie Turner Burg nach flottem Spiel mit 3:2 schlagen. Die Sondermannschaft war einer Einladung des Wolfener Ballspielklubs gefolgt und konnte zwei Siege und Diplom mit nach Hause nehmen. In der Vorrunde wurde VfB. Trotha 1., die in stärkster Aufstellung erschienen war, nach Spielverlängerung mit 2:1 geschlagen, und in der Endrunde mußte sich der Ballspielklub Wolfen dem besserem Zusammenspiel des Sportvereins mit 1:0 beugen. Die dritte Mannschaft spielte gegen Gröbers 3. und gewann sicher mit 5:3. — Freitag, den 20. April, auf der Peißnitz: Propagandaspiel: ASK. 1. — Fichte 1. Anfang ½6 Uhr.

FK. Fortuna Dölau. Spielresultate vom Sonntag, dem 15. April: Fortuna 1. — Sandersdorf 1. 3:0; Fortuna 2. — Sandersdorf 2. 7:2; Fortuna 3. — Sandersdorf 3. 1:1; Fortuna 1. Jgd. — Kanena 1. Jgd. 0:2, Fortuna spielte nur mit acht Mann. — Spiele für Sonntag, den 22. April: Fortuna 1. — Fichte Radewell 1. um ½4 Uhr; Fortuna 2. — Fichte Radewell 2. um 2 Uhr. Abfahrt 11.27 Uhr vom Hettstedter Bahnhof. Fortuna 1. Jgd. — Viktoria 1. Jgd. (Verbandsspiel) um 10 Uhr auf dem Sandanger. Abmarsch früh 8 Uhr.

Sportverein Rüstig-Vorwärts Bruckdorf stand am Sonntag mit der 1. und 2. Mannschaft in Reideburg der 1. und 2. Mannschaft des Turnvereins im Gesellschaftsspiel gegenüber. Die ersten Mannschaften lieferten sich ein schönes, flottes Spiel. Beim Stande von 2:2 wurden die Seiten gewechselt. Temperamentvoll ging es in die zweite Hälfte, denn jede Partei wollte den Sieg an sich reißen. Das interessante Spiel, das stets offen und reich an spannenden Momenten war, konnte der unparteiische Sportgenosse Wege, Wörmlitz, beim Stande von 4:3 für Rüstig-Vorwärts abpfeifen. Reideburg verschoß einen Elfmeter. Die zweite Mannschaft von Rüstig-Vorwärts unterlag unverdient mit 1:4. Halbzeit 0:1. Die Niederlage kommt auf das Konto der Hintermannschaft, hauptsächlich auf den Torwächter, der zu schwach abwehrte. Sonst hatte Rüstig-Vorwärts 2. in beiden Hälften mehr vom Spiel. Die Jugend unterlag im Serienspiel gegen Dürrenberg-Jugend mit 0:4. — Mittwoch und Freitag von 5 Uhr nachmittags und Sonntag von früh 8 Uhr an Platzarbeit. Pflicht eines jeden Sportgenossen ist es, zu erscheinen.

Resultate vom Schwimmfest in Gotha. Zu dem am Sonntag, dem 15. April, in Gotha stattgefundenen Schwimmfest waren folgende Vereine am Start erschienen: Jena, Erfurt, Neptun Berlin, Gotha, Halle, Zeitz und Eisenach. In der Bruststaffel 3×40 Meter konnte Halle den zweiten Platz belegen. Gotha gewann dieses Rennen mit Handschlag. In der Männerlagenstaffel 4×100 Meter landete Halle wiederum als Zweiter. Das mit großer Spannung erwartete Wasserballspiel Gotha 1 — Halle 1. endete mit einem vollen Sieg für Halle. Resultate: Bruststaffel 3×40 Meter, 1. Gotha 1,34,6 Min., 2. Halle 1,35 Min. Männerlagenstaffel 4×100 Meter, 1. Gotha 6,2 Min., 2. Halle 6.12 Min. Wasserballspiel: Gotha 1. — Halle 1. 4:7 für Halle. Halbzeit stand das Spiel 2:2.

Verantwortlich: Willi Eildermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230418-12/fragment/page=0005
DFG

Kämpfende Jugend

Bezirksausschuß-Sitzung in Halle-Merseburg

Es ist in kurzen Abständen zum dritten Mal, daß ein größerer Kreis von Jugendgenossen aus allen Teilen des Bezirks zur Besprechung wichtiger Fragen zusammenkam. Die politische Situation stellt der kommunistischen Jugend große und ernste Aufgaben, die nur bewältigt werden können durch die aktive Mitarbeit aller unserer Genossen. Zu diesem Zweck alle unsere Kräfte zu mobilisieren, war die Aufgabe unserer Bezirksausschußsitzung, und wir können mit Befriedigung feststellen, daß die am letzten Sonntag stattgehabte Sitzung uns auf diesem Wege ein gutes Stück vorwärts gebracht hat.

Der Verlauf der Sitzung hat gezeigt, daß unsere Jugendgenossen im Bezirk den Ernst der Stunde erfaßt haben. Fast überall trat im März und April eine größere Regsamkeit in unseren Ortsgruppen in Erscheinung. Die Unterbezirke Merseburg und Bitterfeld-Delitzsch konnten eine bedeutende Zunahme ihrer Mitgliederzahl melden. Auch in den Unterbezirken wurden allein während der letzten zehn Tage vier neue Ortsgruppen der kommunistischen Jugend gegründet. Das alles zeigt uns, daß wir gelernt haben, gute Arbeit zu leisten und daß unsere Tätigkeit die Zustimmung der arbeitenden Jugend gefunden hat.

Aber nun gilt es, diese Anfänge weiterzutreiben und zu verstärken. Die Bezirksausschußsitzung hat den Weg dazu klar gezeigt. Sie stellte die Fortführung unseres antimilitaristischen Kampfes und die Aufnahme einer intensiven Betriebsarbeit als die Hauptaufgaben der nächsten Zeit. Die Bildung von Betriebszellen der KJ., die bereits an einigen Orten mit gutem Erfolg in Angriff genommen wurde, muß uns noch fester als bisher in den breiten Schichten des Jungproletariats verwurzeln. Im Kampfe gegen die Reaktion gilt es vor allem, die langsam aber stetig sich bildende Einheitsfront des Jungproletariats weiter zu stärken und zu befestigen. Während der internationalen Demonstrationswoche vor dem 1. Mai gilt es vor allem, in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen die noch abseits stehenden Jungarbeiter für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen.

Hand in Hand mit dieser Arbeit muß gehen die straffere Durchorganisierung unseres Bezirks bis zur letzten saumseligen Ortsgruppe und zum letzten bummligen Mitglied. Und darum geht der Ruf des Bezirksausschusses an alle Jugendgenossen: Wir marschieren! Allen Widerständen, den Stahlhelmbrüdern und Hakenkreuzlern zum Trotz schreitet unsere Bewegung vorwärts! Unser Weg führt weiter. Keiner darf beiseite stehen, mit doppelter Kraft, mit doppeltem Eifer wollen wir arbeiten am Ausbau der Kommunistischen Jugend zu einer mächtigen und schlagkräftigen Massenorganisation des Jungproletariats.

Ein lehrreiches Beispiel für die „Sozialistische Arbeiterjugend"

Wie ihre Genossen in Halle, Mansfeld und anderen Orten, so hatten auch die Genossen der SAJ. in Kelbra eine Beteiligung an der antimilitaristischen Kampfwoche, sowie an den Demonstrationen gegen Faszismus und Kriegsgefahr abgelehnt, weil es angeblich eine „kommunistische Mache" war und weil sie die Gefahr des Faszismus noch nicht sehen wollten.

Doch „wer nicht hören will, muß fühlen". So mußte auch den Genossen der SAJ. in Kelbra erst praktisch die Gefahr des Faszismus bewiesen werden. Dies haben die Jungdo-Leute am 1. Ostertage auf dem Kyffhäuser besorgt, indem sie über einige Genossen und Genossinnen der SAJ. herfielen und sie mit Gummiknüppel, Schlagringen und dergleichen mißhandelten.

So bedauerlich dieser Vorfall auch ist, so brauchen wir uns darüber nicht zu wundern, denn wir haben es der „Arbeiterjugend" schon lange gesagt, daß der Faszismus alle Arbeiterorganisationen gleich bedroht und daß die Sozialdemokraten genau so niedergeschlagen werden wie die Kommunisten. Erfreulich ist, daß die SAJ. in Kelbra daraus gelernt hat und nun endlich bereit ist, mit der Kommunistischen Jugend gemeinsam die reaktionären Organisationen zu bekämpfen. In einer gemeinsamen Sitzung der SAJ. und KJ. wurde eine Grundlage für gemeinsame Arbeit beider Organisationen geschaffen. Diese Arbeit wurde vorläufig folgendermaßen eingeleitet:

An das Gewerkschaftskartell wurden folgende Forderungen gerichtet:

1. Kein freigewerkschaftlich organisiertes Mitglied darf zugleich Mitglied eines bürgerlichen Vereins sein.
2. Die sozialistische Regierung Thüringens wird aufgefordert, in Zukunft alle nationalistischen Kundgebungen auf dem Kyffhäuser zu verbieten.

Beide Punkte wurden vom Gewerkschaftskartell einstimmig angenommen.

Weiter fand eine öffentliche Jugendversammlung, einberufen von SAJ., KJ. und Arbeiter-Sportorganisationen, statt. Zahlreich waren die Jugendlichen und Erwachsenen unserm Rufe gefolgt. Außer dem Genossen Schröter von der KJ. sprach sich in der Diskussion der Genosse Sohn von der SAJ. für den schärfsten Kampf gegen den Faszismus aus. Eine Resolution, die das Verbot der reaktionären Organisationen und von den Spitzenorganisationen der proletarischen Jugend eine gemeinsame Kampffront gegen den Faszismus fordert, wurde einstimmig angenommen.

Ein gemeinsamer Ausschuß, gebildet aus KJ., SAJ. und proletarischen Sportorganisationen soll die proletarische Jugend Kelbras im Kampfe gegen den Faszismus zusammenfassen.

Die Helden des Jungdo, sowie andere bürgerliche Organisationen, die zu der Versammlung schriftlich eingeladen wurden, hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen, damit haben sie gezeigt, daß sie nur Mut haben, wenn sie umgeben sind von einigen tausend „Helden" des Gummiknüppels und des Schlagrings, daß sie aber zu feig und nicht in der Lage sind, in einer öffentlichen Versammlung für ihre Phrasen und „Taten" Rechenschaft abzulegen.

Der Sozialistischen Arbeiterjugend im Bezirk Halle-Merseburg und in ganz Deutschland rufen wir zu:

„Lernt von Euren Genossen in Kelbra, schließt die Einheitsfront der proletarischen Jugend gegen den Faszismus, ehe es zu spät ist!"

Dem neuen Kameraden

(Aus dem Russischen)

Wirbelnd sich die Räder drehen,
Glatt die Riemen schwirren —
Ruhig, Kamerad!
Festen Blicks sollst her du sehen,
Nichts soll dich betören,
Ob auch Leid und Tod sich berge
Hinter blankem Stahlswerke.
Ruhig, Kamerad!
Schiedest von der Wiesen Grün,
Schiedst von Bach und Bäumen —
Ruhig, Kamerad!
Hier vollenden Menschen kühn,
Was in Sehnsuchtsträumen
Sie vergessen ließ die Not . . .
Tritt ins Helle Morgenrot!
Ruhig, Kamerad!
Sonne strahlet mehr und mehr,
Bannt der Nebel Wallen,
Festen Schrittes tritt herzu
An die wilden Riesen,
Höre ihren Lärm in Ruh;
Stärker sich ja schließen
Unsre Reihen, da sich wandt
Neues Glied nun in ihr Band —
Ruhig, Kamerad!

Samobytnik.

Frühlingsahnen

Von einem Mitglied des T.-V. „Naturfreunde"

Frühlingssonnenschein — warmer, goldiger Sonnenschein — berauschend und erquickend. Und wer ihn schlürft, dem wurde so froh im Herzen, so selsam leicht in der Brust. Sehnsuchtsvoll spannt seine Seele ihre Schwingen, dahin zu fliegen über all das Frühlingsland, über all die Wälder, und auch über die Stunden, Tage und Jahre, weit hinaus ins Uferlose, Ewige. Alles, was die Seele einst in sich log und was erinnerungsschwach in ihr nachzittert wie der verhallte Glockenton vom fernen Kirchlein, alles das wird lebendig, als wäre es nie vergangen, als könnte es nie vergehen. Ort und Zeit, der graue Alltag mit seinen Sorgen und all das, was man soll und muß, es versinkt in den schweren Wolken des Frühlings.

März 1916. Nach schwerem Nachtgefecht liegen in dem von Granaten zerwühlten Gelände junge, frühlingshungrige Menschenkinder und lassen sich die müden Glieder umlosen vom warmen, goldenen Sonnenschein. Die Augen des einen von ihnen folgen den kleinen, weißen Wolken, die hoch im Aetherblau dahintollen wie selige Kinder. Er gedenkt all der Stunden, die er verleben durfte mit treuen Freunden daheim in dem schönen Saaletal mit seinen fesligen Erhebungen, da es noch keinen Krieg gab, in dem die Menschen zum Morden ausgebildet wurden. Flammenwerfer, giftige Gase, Handgranaten gibt man ihnen und hetzt sie aufeinander wie wilde Tiere. Doch plötzlich Heulen, Toben, Zischen, berstendes Krachen — — — die Sonne verhüllt schaudernd ihr Antlitz vor zerfetzten, zerrissenen, blutigen Menschenleibern.

März 1923. Durch die Straßen der Städte und Dörfer schreitet junge, kampfesmutige Jugend. Es gilt, dem Militarismus, der noch überall fest im Sattel sitzt, die Zähne zu zeigen. Die Fensterscheiben klirren von siegesgewissen Kampfesliedern des erwachenden Proletariats, welches dem Spießbürger unangenehm in die Ohren klingt. Auf den Plätzen sammeln sich all die Tausende, Millionen, und in ihren Herzen ist nur ein Schlag, nur ein Gedanke: **Kampf dem Militarismus, Kampf dem Weltkapital, nie wieder Krieg.** „Wacht auf, Verdammte dieser Erde", und heiliges Geloben ist es, als sie singen „Brüder zur Sonne, zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor ..."

E. H.

Die Weißenfelser Innungskrauter und die Fortbildungsschüler

Kampf um die Schulzeit

In Weißenfels haben sich die Innungskrauter zur Wahrung ihrer Interessen zum „Mittelstands-, Bürger- und Handwerkerblock" zusammengeschlossen. Bei allen Fragen um ihre Interessen entfalten sie eine sieberhafte Tätigkeit. So auch in der Frage, ob die Fortbildungsschulzeit während oder nach der Arbeitszeit sein soll.

Schon im April 1922 tauchte die Frage auf. Als der Magistrat die Forderung des Handwerkerblocks nicht erfüllt hatte, entfalteten die Meister eine rege Hetze und eines Tages erklärten sie den Schulstreik. Den Lehrlingen wurde verboten, die Schule zu besuchen. Nach einem Kampf zwischen Magistrat und Handwerkerblock gab der erstere nach und der Handwerkerblock siegte. Die Lehrlinge, denen dieser erste Kampf vollkommen etwas Neues war, griffen aktiv in die Frage gar nicht ein, sondern ließen sich von dem Handwerkerblock für dessen Interessen mißbrauchen.

Anders, als im Oktober 1922 zum zweiten Male die Frage der Schulzeit akut wurde. Sofort wurden von uns verschiedene Versammlungen einberufen, in denen Stellung zu den Forderungen der Handwerksmeister genommen wurde. Mit allen Mitteln gelobten die Lehrlinge, für die Forderung daß die Schulzeit während der Arbeitszeit stattfinden sollte, zu kämpfen. Der Handwerkerblock, der wieder alle Mittel versuchte, um seine Forderung durchzudrücken, konnte es diesmal auf einen Schulstreik nicht ankommen lassen, weil ja die Lehrlinge diese Parole durchkreuzt hätten. Er mußte sich mit einer schamlosen Hetze gegen die Fortbildungsschüler und die Kommunistische Jugend begnügen, konnte aber seine Forderung nicht verwirklichen.

Aber erneut ist jetzt wieder die Frage aufgetaucht. Wieder versucht der Handwerkerblock die Schulzeit in die Arbeitsstunden zu legen. Der Magistrat hat beschlossen, daß die Schulzeit in den Nachmittagsstunden sein soll. Da auch jetzt die Lehrlinge auf dem Posten sind, und sich keinesfalls von dem Handwerkerblock für dessen Interessen mißbrauchen lassen, hat man sich zu dem Schulstreik nicht entschließen können, sondern beschlossen, an die Eltern der Lehrlinge heranzutreten mit der Frage, ob ihre Kinder die Fortbildungsschule am Abend oder Nachmittag besuchen sollen. Man glaubt dadurch eine Stütze zu bekommen und mit den Eltern der Fortbildungsschüler den Kampf für sich siegreich zu führen.

Mit allen Regeln der Kunst versucht man zu begründen, daß im „Interesse des Lehrlings" die Schulzeit am Abend sein müsse, daß der Lehrling nicht genügend „lernen" könnte, wenn die Lehrzeit „zu kurz" sei und daß im „Interesse des Handwerks" die Schulstunden unbedingt am Abend sein müßten. Es sind dies immer wieder die üblen Phrasen. Ginge es um das Interesse der Lehrlinge, so würde keiner der Handwerksmeister den Finger rühren. Es handelt sich hier nur um die Frage, ob es den Innungskrautern gelingt, die Lehrlinge auch noch in den Stunden auszubeuten, wo sie in die Schule gehen sollen, es handelt sich nur um die Profitinteressen der Handwerksmeister.

Kein Lehrling und keine Eltern der Lehrlinge werden daher so dumm sein und Vorspanndienste für die Interessen der Handwerksmeister leisten. Die älteren Weißenfelser Arbeiter wissen zu genau, um was es sich in dieser Frage handelt. Sie werden daher dem Handwerkerblock schon die richtige Antwort geben und ihn zur Türe hinauswerfen. Die Lehrlinge selbst müssen nötigenfalls mit ihren Eltern die Frage besprechen und sie auf den Lug und Trug der Innungskrauter aufmerksam machen. Aber auch kein Lehrling darf sich mißbrauchen lassen. Nimmt der Kampf schärfere Formen an, werden auch die Lehrlinge andere Mittel anzuwenden wissen. Augenblicklich heißt es, aufgepaßt und bereit sein!

S.

Billige Arbeitskräfte

In Dölau müssen die Schüler der ersten und zweiten Klasse während der Unterrichtszeit den Platz hinter dem Schulgebäude für den Schuldiener umgraben. Hinter den Kindern steht der Lehrer Prautsch als Antreiber mit dem Stock in der Hand. Das ist so recht ein Bild unserer herrlichen Zustände. Zwölfjährige Kinder müssen schwere Arbeit leisten, während hunderttausende kräftiger Männer arbeitslos auf der Straße liegen. Die Arbeiterschaft in Dölau aber wird wenigstens an ihrem Orte diesen Dingen ein Ende bereiten müssen.

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

40] Von Charles de Coster

Und Klas küßte sie und drückte sie fest an seine Brust, und sie weinte noch mehr, denn sie gedachte, daß sie bald seinen liebenden Schutz verlieren würde.

Klas sah Ulenspiegel an und sprach:

„Sohn, Du hast oft gesündigt, da Du Dich, wie die bösen Buben, auf den Landstraßen herumtriebst. Du mußt es nicht mehr tun, mein Kind, noch die betrübte Witwe allein im Haus lassen. Du bist ein Mann und schuldest ihr Schutz und Schirm."

„Vater, ich werde es tun", sagte Ulenspiegel.

„Wehe, mein armer Mann", sprach Soetkin und umarmte ihn. „Welch großes Verbrechen haben wir begangen? Wir lebten friedlich zu zweit ein ehrlich und bescheiden Leben und liebten uns innig, Herr Gott, Du weißt es. Wir standen frühe auf, um zu arbeiten, und am Abend aßen wir das tägliche Brot und dankten Dir dafür. Ich will zum König gehen und ihn mit meinen Nägeln zerfleischen. Herr Gott, wir waren nicht schuldig."

Aber der Kerkermeister trat ein und sagte, daß sie gehen müßten. Soetkin verlangte zu bleiben. Klas fühlte, wie ihr armes Gesicht an dem seinen glühte, wie Soetkins Zähren in Strömen flossen und seine Wangen nekten, und wie ihr ganzer armer Körper in seinen Armen bebte und zitterte. Er bat, daß sie bei ihm bliebe.

Der Kerkermeister sagte nochmals, daß sie fort müßten, und zog Soetkin aus Klajens Armen.

Klas sprach zu Ulenspiegel:

„Wache über sie."

Der antwortete, er würde es tun. Und Ulenspiegel und Soetkin gingen selbander fort und der Sohn stützte die Mutter.

75

Am folgenden Morgen, dem Tage der Hinrichtung, kamen die Nachbarn und schlossen Ulenspiegel, Soetkin und Nele aus Mitleid in Katheline Haule ein. Aber sie hatten nicht bedacht, daß sie von fern das Geschrei des armen Sünders hören und durch die Fenster die Flamme des Holzstoßes sehen könnten.

Katheline irrte durch die Stadt, schüttelte den Kopf und sprach: „Macht ein Loch, die Seele will hinaus"

Um die neunte Stunde ward Klas im Hemde, die Hände auf den Rücken gebunden, aus dem Gefängnis geführt. Dem Urteil gemäß war der Scheiterhaufen in der Straße der Frauenkirche geschichtet, rings um einen Pfahl, der vor den Gitterfenstern des Rathauses eingerammt war. Der Henker und seine Büttel waren noch nicht mit dem Aufschichten des Holzes fertig.

Klas wartete inmitten dieser Bluthunde geduldig, bis ihre Arbeit getan war, dieweil der Profos zu Pferde und die Schergen des Amtskreises und die neun Landsknechte, so von Brüssel herbeigerufen waren, das murrende Volk nur mit großer Mühe im Zaum halten konnten.

Alle sagten, daß es Grausamkeit wäre, einen armen, braven Mann, der so freundlich und barmherzig und so wacker bei der Arbeit gewesen, also in seinen alten Tagen ungerecht hinzumorden.

Plötzlich knieten sie nieder und beteten; die Sterbeglocken der Frauenkirche läuteten.

Katheline stund auch in der Volksmenge in der ersten Reihe und war ganz irre. Sie blickte Klas und den Scheiterhaufen an und sagte kopfschüttelnd:

„Das Feuer, das Feuer! Macht ein Loch, die Seele will hinaus!"

Da Soetkin und Nele den Klang der Glocken hörten, bekreuzten sie sich alle beide. Aber Ulenspiegel tat es nicht, denn er sagte, daß er Gott nicht mehr nach Art der Henker anbeten wolle. Und er rannte in der Hütte hin und her und versuchte die Türen einzuschlagen und durch die Fenster zu springen; aber alle waren verschlossen.

Plötzlich schrie Soetkin, das Gesicht in der Schürze bergend: „Der Rauch!"

Und wahrlich, die drei Leidtragenden sahen eine große, gar schwarze Rauchwolke am Himmel. Sie kam vom Scheiterhaufen, auf welchem Klas an den Pfahl gekettet stand, und der Henker hatte ihn just an drei Stellen entzündet, im Namen Gottes, des Sohnes und des Heiligen Geistes.

Klas schaute um sich, und da er Soetkin und Ulenspiegel nicht in der Menge gewahrte, ward ihm leichter zu Mute in dem Gedanken, daß sie ihn nicht leiden sähen.

Kein ander Geräusch war vernehmbar als Klajens Stimme, der betete, das prasselnde Holz, die murrenden Männer, die weinenden Frauen und Katheline, welche schrie: „Nehmt das Feuer fort, macht ein Loch, die Seele will hinaus." Und die Sterbeglocken der Frauenkirche läuteten.

Plötzlich ward Soetkin weiß wie Schnee, bebte am ganzen Leibe, ohne zu weinen, und wies mit dem Finger gen Himmel. Eine lange, schmale Flamme war aus dem Scheiterhaufen geschossen und erhob sich zuweilen über die Dächer der niedern Häuser. Sie war grausam schmerzhaft für Klas, denn je nach der Laune des Windes benagte sie sie seine Beine, streifte seinen Bart und sengte ihn, bedeckte sein Haar und verbrannte es.

Ulenspiegel hielt Soetkin in seinen Armen und wollte sie vom Fenster fortreißen. Sie hörte einen gellenden Schrei, welchen Klas ausstieß, weil sein Körper nur an einer Seite brannte. Aber er schwieg und weinte, und seine Brust war ganz naß von seinen Zähren.

Dann hörten Soetkin und Ulenspiegel ein großes Getöse von Stimmen. Es waren Bürger, Frauen und Kinder, die schrien:

„Klas ist nicht verurteilt, langsam zu brennen, sondern bei starkem Feuer. Henker, schüre den Holzstoß."

Der Henker tat also, aber das Feuer flammte nicht schnell genug auf.

„Erdrosle ihn", schrien sie.

Und sie warfen Steine nach dem Profos.

„Die Flamme! die große Flamme!" schrie Soetkin.

Und wahrlich, eine rote Flamme stieg inmitten des Rauches zum Himmel.

„Er stirbt", sagte die Wittib. „Herr Gott, erbarm Dich der Seele des Unschuldigen. Wo ist der König, daß ich ihm mit meinen Nägeln das Herz ausreiße?"

Die Sterbeglocken der Frauenkirche läuteten.

Soetkin hörte Klas noch einen lauten Schrei tun, aber sie sah nicht, wie sein Körper sich unter den Qualen des Feuers krümmte, noch wie sein Gesicht sich verzerrte, noch sah sie, wie er seinen Kopf nach allen Seiten drehte und ihn gegen das Holz des Pfahles schmetterte. Das Volk fuhr fort zu rufen und zu zischen, die Frauen und die Knaben warfen Steine, als plötzlich der Scheiterhaufen ganz und gar aufloderte und alle vernahmen, wie Klas mitten in Flammen und Rauch sprach:

„Soetkin! Tyll!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230418-12/fragment/page=0006